

# Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,  
Sonntabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.

Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 15. Juni 1905.

№ 68.

## Bekanntmachung.

Vom 16. Juni ab bis nach Beendigung der Generalversammlung bitten wir die Einsendung von Geldern und Abrechnungen zu sistieren. Ebenso wolle man Briefe an den Vorstand während dieser Zeit nur bei dringenden Anlässen richten. Adresse: Dresden, Schillerstraße 4, Lindesches Bad.  
Berlin. Der Vorstand.

## Die Gründung einer Verbandsdruckerei.

Ein Wort an die Dresdener Generalversammlung.

Man wird es gewiß begreiflich finden, daß der „Corr.“ auch einige Worte in einer Sache von prinzipieller und praktischer Bedeutung findet, die bisher in der Generalversammlungsdebatte nicht berührt wurde. Manchem unter uns mag es gerade nicht aufs angenehmste aufgefallen sein, daß bei den meisten Artikeln, die der Generalversammlung gewidmet waren, die durch den „Corr.“ ausgesprochenen Meinungen über das Niveau des Unterstützungswezens nicht hinausgenommen sind. Mag man immerhin auch den ehrlichen Willen der Artikel-schreiber anerkennen, nur das Beste für die Unterstützungs-einrichtungen der Organisation gewollt zu haben, so ist es doch für den aufmerksamen Beobachter ein recht charakteristisches Zeichen für die Tendenz und den Geist, die in der Organisation herrschen und die eine recht fatale Nehmlichkeit haben mit den Gepflogenheiten der Handlungs-gehilfenorganisationen (mit einer Ausnahme), deren „organisatorische Tätigkeit“ fast ganz in dem Streite aufgeht, wer von ihnen die besten Unterstützungs-einrichtungen hat. Auch die Frage ist, für mich wenigstens, von untergeordneter Bedeutung, ob Antiqua oder Fraktur für den „Corr.“ erforderlich sei. Nicht dafür will ich eine Lanze einlegen, sondern was dringender und notwendiger ist: eine Verbandsdruckerei für den „Corr.“

Auf den erfragten Genossenschaftler unter uns macht es gewiß einen ganz und gar nicht erhebenden Eindruck, wenn er nun schon durch die langen Jahre hindurch als Impresario unter unseren Berichten und einschlägigen Schriften lesen muß: Gedruckt bei Mosler & Wigand, gedruckt bei May Mosler, gedruckt bei Maurer & Dimmit, gedruckt bei Georg Eichler usw. Sogar die sogenannte Jubiläumsschrift, die Geschichte des Verbandes, trägt die Unternehmerrfirma Böhmke & Lehmann-Leipzig, obwohl sich sehr leicht hätte ermöglichen lassen, daß statt dieser etwa die Vereins- oder Genossenschaftsdruckerei Hannover oder Stuttgart sich viel besser darauf ausgenommen hätte. Auch der „Corr.“, den wir jede Woche dreimal erhalten, bringt uns dreimal die Firma: Gedruckt bei Radelli & Hille. Es ist gewiß nicht Unverständnis oder böser Wille, daß man in unseren maßgebenden Kreisen nicht schon längst der Frage näher getreten ist. Wenn wir uns aber für die Pflege des genossenschaftlichen Geistes und des genossenschaftlichen Wesens aufs angelegentlichste engagieren, dann müssen wir aber auch für die Durchführung genossenschaftlicher Einrichtungen und Institute, die im Bereiche der Möglichkeit liegen, aufs ernstlichste Sorge tragen. Das kann man heute schon ganz ruhig behaupten, daß die Eigenproduktion nicht mehr in nebelhaften, verschwommenen Problemen vegetiert, sondern praktische Wirksamkeit erlangt hat. Mögen die bisher geschaffenen Einrichtungen dieser Art im Verhältnis zum gesamten wirtschaftlichen Produktionsprozesse auch noch sehr geringe Bedeutung haben: die Tatsache aber ist unzweifelhaft, daß trotz der immensen Schwierigkeiten, die man den Produktionsgenossenschaften bereitet und die durch das landdrückliche Verbot der Gründung einer Eisenfabrik in Aken für die Großindustriegenossenschaft erst letzten recht drastisch wieder illustriert wurden, der genossenschaftliche Geist marschiert und sich Geltung verschafft. Deshalb sollte es bei uns gar nicht erst einmal langer Abhandlungen und Erwägungen bedürfen über das Wie und das Wann: denn da die Einrichtung nicht nur einer, sondern, das Ziel schließlich auch weiter gestellt, die Einrichtung von Verbandsdruckereien in unserm

wohlverstandenen eignen Interesse liegt, müßte uns dieses schon allein dazu veranlassen, mehr Dampf hinter unsere bisherige bummelige buchdrucker-genossenschaftliche Produktion zu setzen.

Schon im Jahre 1902 nahm die „Corr.“-Redaktion Veranlassung, dieses Thema anzuschneiden und bemerkte damals, daß nach ihrer „unmaßgeblichen Meinung“ (weßhalb sollte denn gerade in dieser so hochwichtigen Sache die Meinung der Redaktion „unmaßgeblich“ sein? Verf.) dem Verbands der Deutschen Buchdrucker der Vorwurf nicht zu erippen sei, die in der Organisation ruhenden wirtschaftlichen und sozialen Kräfte in unfruchtbarer Ruhe sich verzehren zu lassen.“ Obwohl darüber nun mehr als drei Jahre ins Land geflossen sind und wir noch dazu regelmäßig aller Monate unsere genossenschaftliche und genossenschaftliche Ueberbacht erhalten, sind wir in dieser Sache, die in des Wortes vollendetster Bedeutung eine genossenschaftliche Sache ist, noch um keinen Schritt weiter gekommen, vielmehr werden die in der Organisation ruhenden wirtschaftlichen und sozialen Kräfte in unfruchtbarer Ruhe weiter verzehrt(!). Das ist ein Zustand, der sich je länger je mehr als unhaltbar erweist, denn ernsthafte Gründe gegen die Errichtung einer Verbandsdruckerei lassen sich überhaupt nicht vorbringen.

„... Nach unserm Dafürhalten ist daher die Errichtung einer Verbandsdruckerei eine zwingende Notwendigkeit. Die Existenzmöglichkeit einer solchen Druckerei ist von vornherein trotz der liberalsten Arbeitsbedingungen gesichert, und sie würde auch nach außen von agitatorischem Werte sein. Daß eine solche Druckerei aufs beste nach dem Stande der heutigen Technik eingerichtet werden müßte, ist selbstverständlich.“

So der „Corr.“ in der Nr. 15 des Jahres 1902. Nun, ich meine, die zwingende Notwendigkeit hat sich mittlerweile wohl noch als zwingender erwiesen. Nicht nur, daß uns darin verschiedene andere Organisationen den Rang abgelaufen haben, auch die moralische Ohrfeige düstern wir uns dabei versehen, daß wir, die wir anderen genossenschaftlichen Geist predigen, für die Durchführung einer so „zwingenden Notwendigkeit“ noch keine Hand gerührt haben. Als Buchdrucker noch keine eigne Druckerei! Es ist schwer, um ein geflügeltes Wort zu gebrauchen, darauf keine Satire zu schreiben.

Möge daher die Dresdener Generalversammlung, der diese Zeilen gewidmet sind, schaffensfreudiger sein als die Münchener in bezug auf die „zwingende Notwendigkeit“. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Jedenfalls würde es einem jeden unter uns Freude und Genugung verschaffen, wenn nach Ablauf von abermals zwei Generalversammlungen jedes Druckerzeugnis, das für die Organisation geschaffen wird, das Signum der Genossenschaftlichkeit trägt. E.

## Das Recht der Sparten.

Der kommenden Generalversammlung ist die Aufgabe gestellt, das Recht der Sparten innerhalb unsers Verbandes festzulegen resp. die Grenzen zu markieren, in denen sie sich zu bewegen haben. Den Anlaß hierzu gaben wohl hauptsächlich die Maschinenmeistervereine, deren kräftige, gesunde Entwicklung von verschiedenen Seiten mit unbedingtem Mißtrauen aufmerksam verfolgt wird. Man bangt bei diesem fortschreitenden Wachstum um die Eintigkeit unsrer großen allgemeinen Organisation, ohne dazu stichhaltige Gründe zu haben. Es ist wohl noch keiner leitenden Stelle einer Sparte auch nur der Gedanke einer Separierung ernstlich nahe gekommen. Wer etwas anderes sich selbst, uns oder anderen suggeriert, ist ein Narr und nicht ernst zu nehmen. Wir sind alle Verbandsmitglieder und wissen die Pflichten als solche zu erfüllen, kennen aber auch die Rechte, die wir am Verbandsverband erworben und zu beanspruchen haben. Und das ist keine Bagatelie, die man so leichthin von sich wirft.

Jeder einsichtsvolle, vorwegblickende Mensch konnte sich sagen, daß die Höhe, die die Sparte der Maschinenmeister augenblicklich erreicht hat, eintreten würde, ja eintreten mußte, wenn Ersprießliches geleistet werden und sie ihren Zweck erfüllen sollte. Aus dem berechtigten Vorwurfe der Invidenz, dem wir im Jahre 1896 nach der Tarifberatung,

speziell auf der Generalversammlung in Halle a. S. in ausreichendem Maße vorgeworfen erhielten, sind die gegenwärtigen erfreulichen Früchte entsprossen. Dort hat man uns aufgerüttelt und wir Drucker reagierten, mußten reagieren, wenn wir zeigen wollten, daß noch ein Funken Ehrgefühl in uns glühte. Die Berliner Kollegen ergriffen die Initiative und trugen den Keim des Zusammenschlusses hinaus ins Land. Und bereits im Jahr später (1897) sehen wir aus den verschiedensten Orten Deutschlands die Vertreter der Drucker in Halle a. S. zusammenströmen zu einem Kongresse, auf welchem der eigentliche Grundstein der heutigen Bewegung gelegt und die Form geschaffen wurde, die uns unaufhaltsam vorwärts gebracht hat. Von jener Zeit an setzte ein ziel- und planvolles freudiges Arbeiten ein, ein begeistertes, emsiges Schaffen. Durch fortgesetzt feurige Beträge der führenden Kollegen erwachten die Drucker aus ihrer Letargie und sammelter sich unter den Fahnen. Aber bereits zwei Jahre später auf der Generalversammlung des Verbandes zu Mainz 1899 mußten die Maschinenmeister, wie überhaupt die Sparten im allgemeinen, statt das Lob des Verbandes über ihre rastlose, erfolgreiche Tätigkeit zu empfangen, hören, wie unbehaglich die Bewegung in jenen Reihen schon empfunden wurde, die doch den eigentlichen Anstoß zur Einleitung derselben mit gegeben hatten. Es wurde davor gewarnt, diesen Sonderorganisationen besondere Pflege angedeihen zu lassen.“ Es wurde da weiter ausgeführt, daß eigne Kongresse dieser Branchen nicht gebildet werden dürften, da „durch solche Kongresse die Abwendung vom Verbands großgezogen wird“. Das waren Neugierungen, denen jede Verechtigung fehlte, die aber auch gleichzeitig von einem gewissen Grade von Engherzigkeit der betreffenden Personen zeugte.

Seit dieser Zeit sind wieder Jahre von der Ewigkeit aufgelesen worden. Bestrebungen jeder Art, die nur künstlich genährt werden, verlieren bald ihren Halt und stützen an ihrer innern Unwahrscheinlichkeit in sich zusammen. Die Spezialorganisationen haben sich weiter entwickelt und werden sich weiter entwickeln. Der Boden, die Bedingungen sind eben dazu vorhanden. Die Umsäumungen leitender Personen des Verbandes in bezug auf die Sparten sind freiere geworden. Die letzteren haben gezeigt, daß sie innerhalb der Allgemeinheit zum Besten des Ganzen zu arbeiten verstehen und darum auch kein Grund vorliegt, ihr Arbeitsfeld zu beengen. Nur kurzfristige Geister können heute noch Unheil mittern. Nur Geister, die das Besten der Spezialvereine nicht ergründet haben, können Anstalten zutage fördern, wie es im Leitartikel der Nr. 23 des „Corr.“ von diesem Jahre geschieht. Der Schreiber jenes Artikels, Kollege Wih. Werner-Münberg, kennt nicht die Ursachen der Entfaltung unserer Branchen, viel weniger deren innere Verechtigung, sonst würde er nicht Beschlüsse der Metals- und Holzarbeiter zum Vergleich heranziehen. Es entspricht weiter nicht den Tatsachen, daß unser Verband durch die verschiedenen Berufsgruppen, an einer planmäßigen Vorwärtsbewegung aufgehalten wird.“ Was G. weiter schreibt von einem „gemeinsamen Arbeiten der Führer“, das ist ja stets der Fall gewesen — es können nur einzelne Entgleisungen eine Ausnahme bilden —, weil eben die Vorstände der Sparten wissen, daß sie die Verbandsfunktionen als „höhere Instanz“ nicht übergehen dürfen. Kollege G. will die Spezialorganisationen wohl weiter bestehen lassen, jedoch „nicht in ihrer bisherigen Form als selbständige Vereine“, d. h. er will an Stelle der Vorstände nur Vertrauenspersonen gesetzt wissen, die der betreffenden Ortsverwaltung des Verbandes angehören. Ausgossen sollen sich nur auf das Porto beschränken. Kollege G. weiß nicht, was z. B. der Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister mit seinen 800 bis 900 Mitgliedern durch seine Tätigkeit unter seinen Mitgliedern an Aufklärung in gewerkschaftlicher, tariflicher und last not least in technischer Beziehung schafft, er weiß nicht, was der Vorstand dieses Vereins an innerer Detailarbeit liefert — zum Nutzen des Verbandes. Ebenso ist es mit den anderen Branchen. Es ist ganz einfach unmöglich, daß eine Verbandsbehörde die Interessen dieser Berufsgruppen so bis ins kleinste bearbeiten kann, wie es jetzt durch diese selber geschieht und wie es eben notwendig ist — auch wieder zum Nutzen des Verbandes. Und was in dieser Weise in Berlin zutrifft, das trifft mehr oder weniger auch auf andere Orte zu. Also, Herr

Kollege, es ist besser, wir lassen es bei der „bisherigen Form der selbständigen Vereine“. Wenn würde ich zustimmen, die Ausgaben bis auf das Porto zu beschränken, wenn Kollege G. gleichzeitig gesagt hätte, wie wir ohne Geldmittel unser bisheriges jugendreiches Wirken mit gleich intensiver Kraft fortsetzen können. „Gau, teurer Freund, ist alle Theorie.“ Die Extraintensivitäten, soweit solche überhaupt bestehen, sollte man fallen lassen und über dieses Thema die Ästen schließen. Im „Corr.“ ersehe ich, daß z. B. auch der Maschinenmeisterverein in Nürnberg mit dem 30. April die Reichsunterstützung aufgehoben hat.

Auf die Ausführungen des Kollegen G. bin ich deshalb etwas näher eingegangen, weil mir bekannt ist, daß er mit seinen Anschauungen nicht vereinzelt dasteht. Es ist leider unter unseren Verbandsmitgliedern noch stark die Ansicht vertreten, daß die Spezialvereine — ausgenommen die Sparte der Handwerker — den Blick für das Ganze verlieren und nur egoistischen Interessen nachjagen. In Wirklichkeit ist diese Behauptung nicht nur nicht zutreffend, sondern das direkte Gegenteil ist der Fall. Die führenden Personen sind meistens solche, die sich schon aus eigenem Antriebe für die Allgemeinheit interessieren, dann aber auch auf Grund ihrer Stellung gezwungen sind, mit der Allgemeinheit in reger Fühlung zu bleiben, um mit allem auf dem Laufenden zu sein. Und diese Kollegen sind es, die wissen, daß wir als Verbandsmitglieder zum großen und ganzen gehören, die in die Spezialversammlungen das Gefühl der Gemeinsamkeit hineinschleudern und fort und fort für den Besuch der Verbandsversammlungen agitieren. Und Tatsache ist, daß sich diese Mitglieder — ich habe hier speziell die Drucker im Auge — in erheblich größerer Zahl als früher in den allgemeinen Versammlungen bilden lassen. Man darf also durch Voreingenommenheit nicht das Gute der Sparten in den Hintergrund rücken, um an dessen Stelle Schlechtes zu setzen versuchen.

Die Existenzberechtigung der Branchenvereine muß vom Verbands anerkannt und darf deren Agitation, soweit sie sich wie bisher in gegebenen Grenzen hält, nicht unterbunden werden. Man ruft uns hin und wieder zu: „Syr habt euch der Mehrheit zu fügen!“ Ja gewiß, das tun wir stets, soweit wir als Verbandsmitglieder in Frage kommen, d. h. soweit also Beschlässe in Betracht kommen, von denen die Allgemeinheit in gleicher Weise betroffen wird. Aber sind denn die Sparten eine Minderheit im eigentlichen Sinne des Wortes in der Area der Tarifgemeinschaft, in der Fragen auf die Tagesordnung kommen, die beiläufig die Interessen der Mitglieder der Sparten berühren? Auf keinen Fall! Hier muß sich der Verband auf den toleranten Standpunkt stellen, jede einzelne Branche als souverän gelten zu lassen. Es darf nicht vorkommen, daß bei einer Tarifverhandlung über Fragen zur Tagesordnung übergegangen wird, weil es nur Fragen einer „Minderheit“ sind. Je nachdem — durch günstige oder ungünstige Erledigung eines Punktes wird beispielsweise die Arbeitsgelegenheit vermehrt oder verringert. Bei ungünstiger Erledigung trägt wohl der Verband als solcher die materiellen Kosten, aber die Angehörigen der Berufsgruppen als solche — wenn der betreffende Punkt auf diese Bezug hat — müssen nicht nur materiell, sondern auch körperlich darunter leiden. In solchen Fällen hat der Verband mit der einfachen Zahlung der Arbeitslosumterstützung nicht seine Pflicht erfüllt, weil genannte Unterstützung die Kondition nicht erfüllt. (Siehe z. B. Lehrlingskata der Drucker.) Die Pflicht der Minderheit, und das ist die Pflicht der Entzogenen, darf hier keine Gültigkeit haben. Der Verband hat generell keine Mitglieder zu vertreten, aber auch da rücksichtslos seine ganze Kraft einzusetzen, wo die Interessen seiner Mitglieder als Brancheneingetragene in Frage kommen. Das ist der Standpunkt, zu dem die Entwicklung der Sparten logischerweise führen mußte, weil die vitalsten Interessen sie dahin drängen. Zu dieser Höhe muß man sich emporrichten, um die Tätigkeit der Spezialorganisationen verhüten zu können. Der Tarifgemeinschaft haben wir diesen Zustand zu verdanken. Die nächsten Tarifverhandlungen bilden den Kern, auf dem sich schon jetzt die ganze Energie konzentriert, und sind infolgedessen die Veranlassung zu gemeinsamer Formulierung von Forderungen. Um dem Scharfsinn die Unerkennung früherer Jahre vorzubeugen, müssen Zusammenkünfte — Kongresse stattfinden. Einerseits liegt es im eignen Interesse des Verbandes, dazu materielle und ethische Unterstützung zu gewähren, andererseits aber haben auch die Angehörigen der Sparten als Mitglieder das Recht, diese Hilfe vom Verbands zu fordern. Soweit ich die Besammlungsberichte im „Corr.“ verfolgt habe, sind erfreulicherweise dahingehende Anträge zur Generalversammlung in den verschiedenen Gau-, Bezirks- und Ortsversammlungen auch unterstutzt worden. Nur die Bezirke Erfurt und Gera sind vom modernen Zeitgeist noch unberührt geblieben.

Wie wir sehen, hat also die rastlose, ewig reformierende Zeit Verhältnisse geschaffen, auf Grund deren innerhalb unseres Verbandes in natürlicher Entwicklung sich neue Formen gebildet haben und ich sehe das Vertrauen in die Delegierten unserer Generalversammlung, daß sie den Tatsachen Rechnung tragen und einen gewaltigen operativen Eingriff — wie ihn Kürzlichkeit hier und da wünscht — vermeiden werden. Andersfalls könnten leicht Komplikationen entstehen, die man doch eigentlich im Gesamtinteresse vermeiden will. Aus dem Kampfe, den das Recht auf Leben allen Wesen andringt, ist unser Verband hervorgegangen, und ebenso haben die Spezialorganisationen ihre Entstehung derselben Ursache zu verdanken.

Das eine muß eben klar sein: Der Kampf ums Leben, der Kampf ums Sein oder Nichtsein, in welcher Form er auch erscheint — ob bewußt oder unbewußt — er ist eine Naturnotwendigkeit und die letzte und höchste Potenz, die das ganze Weltgetriebe erfüllt.

Möge somit unser Parlament sein Urteil fällen —  
ex aequo et bono!

Berlin. Veritas.  
Trotz mancher Unklarheiten und Widersprüche nehmen wir diesen Artikel auf, da er den Delegierten Material an die Hand gibt zur Beurteilung der von den „Sparten“ gestellten Wünsche. Das eine steht aber fest, daß eine auf dem Tone einer Drohung abgestimmte Behandlung der Sache nicht die notwendige Klärung bringen kann.

## Der Elektrotypograph in Leipzig!

Die Enttäuschungen, welche die vor Jahresfrist im Deutschen Buchgewerbehaus aufgestellte Lanston-Monotype im Laufe des Jahres mit sich gebracht hat, machten einen jeden Sachmann pessimistisch. Mit um so kritischeren Augen wurde deshalb der zur diesjährigen Kantateausstellung aufgestellte Elektrotypograph betrachtet. Es muß aber konstatiert werden, daß die Idee der Ingenieur, die Sechsmaschine der Schreibmaschine anzupassen, beim Elektrotypographen fast vollständig gelungen ist. Indem wir nun der Kollege H.-g.-r. mit seinem Artikel in Nr. 67 zuvor- gekommen ist, dessen Urteil über den Elektrotypographen ich zum großen Teile beipflichte, so will ich heute nur den Artikel etwas vervollständigen und eine technische Abhandlung für später mir vorbehalten. Der Elektrotypograph hat noch den Vorteil der Lanston-Monotype gegenüber, daß er nicht mit Einzelheiten zu rechnen hat, die bei jeder Schriftgattung andere Stärken haben, und die Berechnung eine so sehr komplizierte ist, wo des öfters mit Millionsehrteilen gearbeitet werden muß, welche auf dem englischen Zollmaße beruhen. Beim Elektrotypographen besteht das deutsche Meterystem und ist kein Buchstabe diesem Maße unterworfen. Auch das Formatkassen beruht bei der Lanston-Monotype auf dem englischen Zollmaße und ist in keiner Weise systematisch. Ebenso ist das Justieren der einzelnen Schriften in der Siebmaschine beim Elektrotypographen bedeutend einfacher als bei der Lanston-Monotype, kein Buchstabe ist einer Einheit unterworfen, er bestimmt seine eigne Stärke resp. Bibbreite von selbst. Der Vorteil, den der Elektrotypograph haben soll, nach der Meinung des Kollegen H.-g.-r., etwa falsch getastete Buchstabenlochkompositionen durch Zuteilen der alten Löcher und Einlagen der richtigen Lochkomposition, läßt sich bei der Lanston-Monotype auch bewerkstelligen, nur wird es höchstwahrscheinlich kein Setzer in der Praxis versuchen, diese zeitraubende Prozedur vorzunehmen, und lieber die Zeile von vorn anfangen. Ueber die Zuführung des Papierstreifens bei Trennstellen der Sieb- und Sechsmaschine des Elektrotypographen hat sich Kollege H.-g.-r. wohl nicht richtig orientiert, denn er konnte es ja auch nicht, es kam ja nicht praktisch zur Ausführung. Denn, wenn die Sechsmaschine getrennt steht, muß der aus der Lastmaschine herauskommende geladete Papierstreifen sich doch wieder aufrollen, um nicht lose herumzuliegen, wobei natürlich der Anfang zu unterst kommt, das Ende zu oberst. Kommt nun diese Rolle in die getrennt stehende Siebmaschine, so wird doch selbstredend das Ende des Streifens zuerst in die Siebmaschine gelangen, und es muß von hinten gezogen werden, da das aber nicht geht, weil der bestimmte Ausschluß der Zeile stets zu Anfang derselben geladert werden muß, so müssen eigentlich beide Maschinen in enger Verbindung stehen. Oder es wäre eine entsprechende Vorrichtung zwischen Last- und Siebmaschine mit einer zweiten Spule angebracht worden, welche die Rolle wieder zurückführt, damit der Anfang wieder nach oben kommt, um richtig in die Siebmaschine gelangen zu können; jedenfalls würde es aber immerhin verschiedene Unannehmlichkeiten bei kleineren Kapitelen bereiten. Diese Vorrichtung war aber bei der im Buchgewerbehaus aufgestellten Maschine nicht angebracht. Die Bemerkung des Kollegen H.-g.-r. über die Elektrotelegraphen hätte er sich ersparen können, wenn er die allgemeine Maschinenfabrikerversammlung besucht hätte, in welcher die Resultate der bereits unternommenen Schritte in dieser Frage bekannt gegeben wurden. Ein kurzes Urteil über die Verwendbarkeit des Schnelltelegraphensystems Baudot für die Elektrotypographen-Siebmaschine erlaube ich mir dahin abzugeben, daß sich die Verhältnisse der deutschen Zeitungen vollständig unvorteilhaft eignen. Erst müssen alle Zeitungen, welche diesen Apparat anwenden wollten, ein Format, eine Zeilenanzahl, gleiche Raum- und Umfangsverhältnisse und gleiche Redakteurgedanken haben. So lange die Technik nicht auf neue Ideen verfallt, was gar nicht ausgeschlossen erscheint, werden die Lanston-Monotype und der Elektrotypograph im Verlagsbetriebe zu bewahren haben, welches System am vorteilhaftesten und rentabelsten ist. Für Setzungsbetrieb bleibt vorläufig die Linotype noch unbetrieben.  
Leipzig. S. Cad.

## Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

(Fortsetzung aus Nr. 62.)

Nach einer von Bergbauischen Vereinen veröffentlichten Zusammenstellung haben die Bergleute im Ruhrreviere einen Lohnausfall von 19 Millionen Mark durch den großen Streik gehabt, das wären noch 3 Millionen

mehr als seinerzeit das „Reichsarbeitsblatt“ angegeben. Nach den in Nr. 30 mitgeteilten Ziffern über die wirtschaftlichen Wirkungen dieses Riesenkampfes würde sich demnach die Einbuße der Bechen auf noch 16 Millionen Mark belaufen, wenn man die 19 Millionen nichtgezählte Abbuße nur für die Zeit des allgemeinen Streiks (17. Januar bis 9. Februar) in Abrechnung bringt. Die Bergleute haben einen Teil ihrer Einbuße durch vermehrte Arbeitsschichten eingetracht, die Grubenbarone hielten sich aber für ihren Profitausfall an der Masse der Kohlenabnehmer schadlos. Diese in jeder Beziehung struppellose Unternehmerrasse weiß sich ja in allen Situationen zu helfen. Wie verlautet, sollen die wegen des Streiks gemäßigten Bergarbeiter noch bis zum Oktober ausgeperrt bleiben, was unsre oben ausgeprochene Meinung von den edelmütigen Syndikatsherren auch nur bestätigt.

Wegen der Aufbringung der Unterstützungsgelder während des Streiks ist es zwischen der Düsseldorf Richtung sowie der Berliner Zentralf der Hirsch-Dunder- schen Gewerkschaften mit dem Bergarbeiterverbände zu einem kleinen Kampf gekommen. Nachdem der Kölner Gewerkschaftsfongreß für die Unterstützungaktion bei großen Streiks die schon lange nötigen Direktiven gegeben, wird solchen Nachklangen auch bejor vorgebeugt werden können.

Der Zentralverband der **Zöpfer** hielt in München vom 8. bis 12. Mai seine siebente Generalversammlung ab. Zurzeit zählt diese Organisation 10553 Mitglieder in 142 Orten; in den letzten beiden Jahren wurden 4153 Berufsgenossen aufgenommen, aber nur 1371 davon blieben dem Verbands treu. Derselbe kann die Zeit seit seiner letzten Generalversammlung als eine richtige Kampfsperiode bezeichnen; es fanden nämlich in den letzten beiden Jahren 48 Streiks mit 3154 Beteiligten — ausgeperrt 1059 Mitglieder an 21 Orten — und 69 Lohnbewegungen ohne Arbeitsstellen (5104 Beteiligte) statt, für diese Aktionen war eine Ausgabe von 267194 Mk. notwendig. Das Resultat dieser Kämpfe ist ein recht günstiges; nur sechs endeten erfolglos und nur neun mit teilweisem Erfolg, sonst aber war der Sieg auf Seiten der Arbeiter, für die auch schon zahlreiche Tarife in Kraft sind.

Ueber die Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen wurde in geheimer Sitzung, die einmündigste Lage in Anspruch nahm, beraten. Bei Angriffsstreiks soll, sofern die Arbeitszeit noch eine längere als acht Stunden ist, eine Verkürzung derselben mitangekämpft werden, auch die Aufstellung der Forderung, das Kost- und Logiswesen abzuschaffen, wurde gut geheißen. Jede Arbeitseinstellung, einschl. der Sperren, unterliegt der Genehmigung der Verbandsleitung, und zwar müssen Angriffsstreiks zwei Monate, solche, wo ein kündbarer Tarif in Frage kommt, ebenfalls zwei Monate vor Ablauf des Vertrages angemeldet sein. Abwehrstreiks können nur insoweit sofort begonnen werden, daß mit dem Zentralverbande vor Beginn des Abwehrkampfes die notwendigen Maßnahmen beraten und beschloffen werden können. Die bei den Zöpfern recht kritische Frage des Arbeitsnachweises brachte eine langwierige Debatte mit den abweichendsten Ansichten. Dieselben schwankten zwischen Bestätigung des paritätischen Arbeitsnachweises (Reichstagsabgeordneter Fräßdorf) und Verwerfung jeder Art von Nachweis seitens eines Berliner Delegierten. Die Hauptschwierigkeit lag bisher darin, daß durch die Bestimmung der Bevorzugung ortsangehörender Berufsgenossen die Freizügigkeit stark beschränkt war. Der Referent zu diesem Punkte, Hauptvorlesender Drunzel, ging diesem Mischstand energisch zu Leibe, er meinte sogar, der Arbeitsnachweis solle nicht in die Tarife aufgenommen werden, um letztere dadurch nicht zu gefährden. Die vom Referenten empfohlene und angenommene Resolution spricht auch diese Nichtaufnahme aus, gefordert bei einheitlichen Nachweisen das Umschauen, plädiert für eine Erleichterung der Einschreibung bei paritätischen und läßt die Schließung des Nachweises für auswärtige Mitglieder nur dann zu, wenn an einem Orte ein Drittel der Berufsgenossen längere Zeit arbeitslos ist.

Die örtlichen Tarife sollen nur für einen bestimmt begrenzten Bezirk Geltung haben, wenn außerhalb dieses Vereines Arbeiter (Montage) ausgeführt werden, so kommt der Lohnsatz in Betracht, der am Orte der Arbeit gilt. Kranke und arbeitslose Mitglieder haben in Zukunft einen wöchentlichen Beitrag von 15 Pf. zu zahlen, militärische Leistungen sowie Gefängnisstrafe über 26 Wochen befreien von der Beitragspflicht. Die Bestimmung, daß bei einer Entfernung von mehr als 75 Kilometern den in Arbeit gebenden Mitgliedern ein Fahrgeld bis zu 10 Mk. gewährt wird, wurde aufgehoben; nur mittellose Mitglieder soll auf diese Weise die Arbeitsannahme noch erleichtert werden. Die beamteten Personen wurden wieder, ein besonderer Redakteur für das Verbandsorgan neugewählt.

Die **Bücker** haben immer noch recht arge Beschlags- verhältnisse. Auf 100 Stellen kommen in Deutschland durchschnittlich 44 Lehrlinge. In der Reichshauptstadt und einer Anzahl von Großstädten herrschen noch einigermaßen erträgliche Zustände, was aber in Mittel- und Kleinstädten an Lehrlingszüchtereien geleistet wird, möge folgende Aufstellung zeigen. Es kamen auf 100 Stellen Lehrlinge: in Wiltzer 366, Rudolstadt 275, Rameuz 250, Schönbeck 186, Rönningshütte 162, Elbing 160, Zwickau 151, Forst 150, Leisnig 150, Landau 138, Greiz 135, Jena 126, Wiesloch 126, Grimnitzschau 124, Brandenburg 118, Pughaus 118, Halle 115, Trier 106, Eisenach 104, Bückeburg 104, Hildesheim 104, Arnstadt 101.

Eine Tarifdifferenz mit dem Leipzig-Flagwiger Konsumvereine wird im Verbandsorgane der Bäder in einem für Leipzig wenig schmeichelhaften Sinne besprochen. Seit dem Februar v. J. wurde den Bädern dieses Vereins für Wochenfeiertagsarbeit ein Zuschlag von 50 Proz. gezahlt, derselbe wurde auch nach Anerkennung des Bäderarbeits weiter gewährt, da sich in denselben die Bestimmung befindet: „Wo schon höherer Lohn gezahlt wird als im Tarife vorgesehen, darf er nicht gekürzt werden“. Vor einiger Zeit hat nun die Flagwiger Verwaltung entdeckt, daß dieser Zuschlag nur irrtümlicherweise gekürzt worden ist, weshalb derselbe auf 25 Proz. erniedrigt wurde. Die Bäder sahen das als einen Tarifbruch an, es wurde daher das im Tarife vorgesehene Schiedsgericht angerufen. Daselbe setzt sich aus zwei Genossenschaftsmitgliedern, zwei Mitgliedern des Bäderverbandes und dem Vorsitzenden des Gewerkschaftsartikels zusammen. Dieser letztere gab den Ausschlag, und zwar zugunsten der Bäder, was selbstverständlich im Verbandsorgane die nötige Glossierung erfährt. Wenn man die Bestimmung betreffs der Beibehaltung der höheren Löhne und die mehr als einjährige Zahlung des 50-prozentigen Zuschlages in Betracht zieht, kann man den Schiedsspruch auch nicht gut heißen. Der Leipzig-Flagwiger Konsumverein hat sich damit wieder ein Ruhmesblatt mehr geprügelt; diese Art Wüßigen mehren sich in letzter Zeit bei dieser Genossenschaft in bedenklicher Weise, wir haben nicht einmal von allen Vorgängen Notiz genommen.

Vom 15. bis 19. Mai tagte in München die zehnte Generalversammlung des Zentralverbandes der **Böttcher**. Diese Organisation hat in den letzten drei Jahren um 600 Mitglieder zugenommen, die Erhöhung der Beiträge sowie die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sollen sich als gute Mittel zum Organisationsausbau erweisen haben. In inneren Differenzen scheint kein Mangel gewesen zu sein; namentlich mit dem (früheren) Verbandsauschüsse hat der Vorstand auf Kriegsfuß ge standen. Eine von der Filiale Hamburg gegen den Vorsitzenden Winkelmann gefasste beleidigende Resolution soll auf Beschluß der Generalversammlung zurückgenommen worden. Mit dem Brauerverbände konnte trotz aller Bemühungen kein Kartellvertrag abgeschlossen werden. Au den Verbandsorgane hatte man vielerlei auszuweisen. Der Name des Verbandes sowie der des Fachblattes erliefen eine Umänderung. Die Erwerbslosen-(Kranken-)Unterstützung fand trotz heftiger Bekämpfung von den Hamburgern mit 24 gegen 8 Stimmen Annahme, damit wird auch der Beitrag von 25 auf 50 Pf. erhöht. Die Einrichtung der Ehrenmitgliedschaft (nach zwanzigjähriger Organisationsangehörigkeit Beitragsbefreiung) wurde abgelehnt, für die gegenwärtigen Ehrenmitglieder gilt jedoch diese Bestimmung weiter; auch die Nichtwiederaufnahme von Streikbrechern wurde aufgehoben. Das Gehalt der Verbandsbeamten wurde auf 2000 Mk. festgesetzt, die seitherigen Inhaber solcher Stellen fanden Wiederverwahl.

Der neunte Verbandstag der **Schiffszimmerer** wurde in Rathenow abgehalten. Diese Organisation zählte am Schluß des Vorjahres 2468 Mitglieder, hat demnach seit der letzten Generalversammlung einen um 400 größeren Mitgliederstand aufzuweisen. Eine namentlich an den festsitzlichen Werften betriebene Lehrjahrszuchterei sowie die jährliche Beschäftigung von ungelerten Arbeitern in diesem Berufe sind der Ausbreitung dieser Organisation recht hinderlich. Zu Ende 1904 hatte der Verband der Schiffszimmerer ein Vermögen von 5283,16 Mk. Recht bemerkenswert ist eine Stelle im Vorstandsberichte, wonach die Schiffsbauarbeiter und die Werftbesitzer gleicherweise gegen eine Ungerechtigkeit in dem deutschen Zollsysteme anzukämpfen haben, nämlich gegen die Zollfreiheit der im Auslande für deutsche Besitzer gebauten Schiffe. Es ist das nicht der erste Fall, daß deutsche Gewerkschaften für die Besteuerung von im Auslande angefertigten Artikeln ihres Gewerbes eintreten, also einen Schutzzoll für die nationale Arbeit verlangen. Die Debatte über Einführung der Arbeitslosenunterstützung brachte eine eigenartige Uebersäufung. Mit einer Ausnahme stimmten nämlich sämtliche Delegierte im Prinzip für die Arbeitslosenunterstützung. Bei der Abstimmung darüber, ob über die Einführung dieses Unterstützungszweiges eine Urabstimmung stattfinden solle, ergab sich dann aber Stimmgleichheit, womit die Urabstimmung abgelehnt war. Damit war eigentlich der Antrag überhaupt gefallen. Es wurde jedoch ein Kompromißantrag angenommen, laut dem eine Urabstimmung stattfinden soll. Falls die Urabstimmung die Annahme der Arbeitslosenunterstützung bringt, so soll Arbeitslosen-, Meise- oder Krankenunterstützung — also Erwerbslosenunterstützung — nach 52 Beitragswochen auf die Dauer von 40 Tagen, steigend bis zu 310 Tagen nach 520 Wochen, im Betrage von 1,10 Mk. täglich gewährt werden. Nach zweijähriger Mitgliedschaft wird auch ein Sterbegeld von 30 Mk. gewährt. Dem angestellten Vorständen wurde das Gehalt von 1800 auf 2000 Mk. erhöht, die Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt.

Die vierte Generalversammlung des Zentralverbandes der **Handels- und Transportarbeiter** fand in den Tagen vom 9. bis 14. Mai in Frankfurt a. M. statt. Diese Organisation hat in den letzten beiden Jahren einen großen Aufschwung erfahren, nämlich um 93,2 Proz.; Ende 1904 waren in 191 Orten 40405 Mitglieder vorhanden. Die Kutsher und Fuhrleute bilden das Rückgrat des Verbandes, die Straßenbahner wenden sich ihm unter dem Drucke der Verhältnisse vielfach wieder an, sie werden die **Schmerzengelder** der Organisation genannt. In

einigen Orten bestehen noch lokale Organisationen, die entweder dem Zentralverbande feindlich oder ganz pflaumenweidlich sind; in Mannheim gehören alle, an führender Stelle befindliche Parteigenossen im Einverständnisse mit dem Gewerkschaftsartikeln einem solchen Vereine an. Die Kassengebarung ist in den letzten beiden Jahren keine günstige gewesen, die Hauptkasse hatte ein Defizit von 7000 Mk. Einsteils sind daran die beträchtlichen Ausgaben für Streiks- und Gemahregelunterstützung im Betrage von 215094 Mk. Schuld, hauptsächlich aber der von dem letzten Verbandstage gefasste Beschluß, nur 50 Proz. der Beiträge an die Hauptkasse abzuführen. Da die Filialen bei diesem Modus unvernünftig mit Beiträgen fortkommen, so müssen in Zukunft 75 Proz. an die Zentralkasse geleistet werden. In den in den letzten beiden Jahren geführten Streiks und Lohnbewegungen waren 11500 Berufsgegenossen beteiligt, die 82 geführten Streiks beanspruchten davon allein 6056 Beteiligte. Die Erfolge dieser Aktionen waren zum Teile ganz erhebliche, so wurden bei den im vergangenen Jahre geführten Streiks Arbeitszeitverkürzungen bis zu 18 Stunden und Lohn-erhöhungen bis zu 9 Mk. pro Woche erzielt, was natürlich nur einen Rückschlag auf recht ungünstige Verhältnisse zuläßt. Es arbeiten ja auch 16119 Personen im Handels- und Transportgewerbe noch 10% bis 12 Stunden, 10269 12% bis 14 Stunden, 5970 14% bis 16 Stunden und 18.2 mehr als 16 Stunden. Mit den Löhnen schaut es nicht besser aus. Bis 12 Mk. erhielten 1900 Ermittelte, 12,50 bis 15 Mk. 4232, 15,50 bis 18 Mk. 9676, 18,50 bis 21 Mk. 11410, 21,50 bis 24 Mk. 8232, 24,50 bis 27 Mk. 3740, 28 bis 30 Mk. 982 usw. Erfahrungsgemäß verschlechtert sich das Gesamtbild solcher Feststellungen aber in dem Maße, je mehr Berufsgegenossen in eine solche Enquete eingeschlossen werden, dies dürfte auch auf diese Feststellungen zutreffen, die nur einen Teil umfassen.

Den Hauptgegenstand der Beratungen bildeten die Tarifverhandlungen mit den Konsumgenossenschaften, die bekanntlich auf dem Hamburger Genossenschaftstage zu keinem Resultate führten; die inzwischen unternommenen Versuche, den Tarifentwurf bei den einzelnen Vereinen durchzudrücken, sind ebenfalls mißglückt. Es wurden zum Teile heftige Unklagen gegen die Konsumvereine sowohl als auch gegen einzelne Redner auf dem vorjährigen Genossenschaftstage erhoben. In einer angenehmen längeren Resolution wird besonders hervorgehoben, daß der Tarifvertrag der Bäder nicht als Grundlage für die Handels- und Transportarbeiter gelten könne, und daß der demnächst stattfindende Genossenschaftstag in Stuttgart zum Beschluße erhobenem Antrag Johannes-Leipzig annullieren möge, um dem Abflusse eines gemeinsamen Vertages auf der vorgezeichneten Grundlage die Bahn frei zu machen. Ganz besonders sei die volle Anerkennung des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises zu fordern. Daß in manden Konsumvereinen die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit noch auf sehr schwachen Füßen steht, bewies die Mitteilung, daß die leitenden Personen in Stuttgarter Konsumvereine Angef. deselben die gewerkschaftliche Tätigkeit unter Androhung der Entlassung verboten haben. Auch gegen den Leipzig-Flagwiger Konsumverein wurden wieder verschiedene Klagen laut.

Mit der Uebernahme der Geschäfte des internationalen Sekretariats durch Deutschland fanden die Beziehungen zu den einzelnen Ländern eine erfreuliche Belebung. Die Engländer, welche vordem dieses Sekretariat in Händen hatten, sollen recht mangelhaft ihre Pflicht erfüllt haben. Ein Referat über die verschiedenen Formen des Arbeitsvertrages bezeugte die rechtliche Siderstellung des Tarifvertrages als eine Notwendigkeit und die Bestimmungen des Wertvertrages als unanwendbar auf das Arbeitsverhältnis. Wegen grober Verstöße gegen die Interessen des Verbandes wurde der Nürnberger Gauleiter durch die Generalversammlung ausgeschlossen. Den Zusammenschluß aller Transportarbeiter in eine Organisation zu fördern, wurde als nachgeliegende Aufgabe bezeichnet, da aber die Vorbedingungen hierzu erst nur mangelhaft gegeben sind, hat es einstweilen mit einem Kartellvertrag zwischen den Organisationen der Handels- und Transportarbeiter, der Hafenarbeiter, Seeleute, Eisenbahner und Maschinenisten sein Bewenden. Die Leitergerüthbauer wurden an die Bauhilfsarbeiterorganisation abgetreten. Durch Einführung von Staffelbeiträgen (drei Klassen für männliche und eine für weibliche Mitglieder) erfuhr auch das ganze Unterstützungswesen eine Klassifizierung. Die besoldeten Verbandsbeamten wurden wiedergewählt, außerdem aber noch ein besoldeter Sekretär ange stellt.

In Nürnberg tagte die dritte Generalversammlung des **Deutschen Lithographenbundes**, so haben nämlich die Sonderbündler im Lithographengewerbe usw. den Namen für ihre separierte Vereinigung zusammengefaßt. Sie ist nicht groß diese Sonderorganisation (Ende 1904 652, gegen 577 Mitglieder am 1. Juli 1903), aber sie hat sehr große Risiken im Sacke. Nur die Eigenbestrebungen unter den Lithographen, heißt es in einer Resolution, vermögen verbesse in die Berufsverhältnisse einzugreifen. Da diese Richtung auch der Ansicht ist, daß auf dem Wege der Tarifgemeinschaft keine Hebung der Berufsfrage der Lithographen zu erwarten steht, so kann man sich leicht das Urteil über den Leipziger Tarif vorstellen. Den Organisationszwang im Chemigraphenttarife, welchen übrigens unser Kollege Schließ in einer der letzten Nummern der „Sozialen Praxis“ in einer Polemik gegen Tischendörfer nach Lage der Verhältnisse

entschieden verteidigte, bewertete die Generalversammlung der Sonderbündler als einen Rückschlag in die reaktionärste Pünktel. Wir haben uns erst zuletzt in Nr. 36 nicht aus prinzipiellen, sondern aus rein praktischen Erwägungen ausführlicher gegen den Organisationszwang ausgesprochen; die Verhältnisse in dem betreffenden Berufe sind am meisten maßgebend. Mit den Lokalisten haben die Sonderbündlerischen Lithographen eigentlich nichts gemein, nur die Tarifgemeinschaft trennt sie von der allgemeinen Organisation. Im Unterstützungswesen, das sie sogar bis auf die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung bei Reserve- und Landwehrübungen ausgedehnt haben, erblickten sie durchaus keine Verpumpung wie Later und Genossen. In Stelle des zurückgetretenen Redateurs Günther-Leipzig wurde Schmetzer-Wayreuth gewählt, der durch seine Klopffechtereien in der „Neuen Zeit“ gegen die Tarifgemeinschaften seinen Befähigungsnachweis für diesen Posten erbracht hat.

Auf dem fünften Delegiertentage des **heinisch-westfälischen Ausbreitungsbundes** - Verbandes der **Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine**, der auch von dem Zentralrat in Berlin und anderen Generalräten besucht war, was als ein Zeichen besserer genereller Beziehungen angesehen werden kann, waren es die Tageszeitungsfrage sowie die der politischen Betätigung der Gewerksvereine, welche das Hauptinteresse beanspruchten. Der Düsseldorfseher Richtung hat angeblich der große Bergarbeiterstreik von neuem die Notwendigkeit einer eignen Tageszeitung bargetan, auch bei sonstigen Streiks machte sich der Mangel einer solchen geltend. All diese Gründe — deren Berechtigung wir nicht immer unterschreiben können — ändern aber nichts an der Tatsache, daß Ertelenz und Genossen einem Phantom nachjagen, das sie nie erreichen werden, und sollte wider Erwarten doch im Laufe der Zeit etwas aus dem Projekte werden, so würde das Ding bald wieder zugrunde gehen oder aber in ein Fahnwässer geraten, das jetzt die Projektmacher am ersten gemieden wissen wollen. Es hieße allerdings den sehr rührigen Führer der Düsseldorfseher beileidigen, wenn man die von ihm ausgerichtete Tageszeitungsfrage einfach eine Marotte nennen oder als Ausfluß von Großmannsucht bezeichnen würde. Nein, Anton Ertelenz ist ein heller Kopf, der weiß, was er will. Sein Tageszeitungsprojekt ist nämlich nichts anderes als das notwendige Instrument zur Realisierung seiner Bestrebungen nach der politischen Seite hin. Nur in diesem Zusammenhange hat es Sinn. Ertelenz will seine Gewerksvereiner wie die Arbeiter überhaupt politisch auf eigene Füße stellen, sie sollen unabhängig von jeder der bestehenden Parteien sein, sollen sich selbständig an den verschiedenartigsten Wahlen beteiligen usw. Die ganze Politik ist Interessenpolitik, sagt Ertelenz, folglich gibt es eigentlich auch nur zwei sich gegenüberstehende Mächte: Unternehmer und Arbeiter, die für ihre Interessen Vertretung in den gesetzgebenden und den anderen Körperchaften finden müssen. So einleuchtend dieser Grundgedanke ist, ebenjowenig darf aber übersehen werden, daß jede dieser beiden Heereszweige nur in den grundlegendsten Dingen auf eine Marschroute vereinigt werden kann, im übrigen wird es immer Sonderbestrebungen und Sonderrichtungen geben. Wie unendlich schwierig diese Frage ist, hat die Aufnahme des Ertelenzseher Referates auf dem Delegiertentage selbst gezeigt, denn der Referent mußte nach einer sehr ausgedehnten Diskussion in seinem Schlusssatz an das Wort Hegels erinnern: „Alle meine Schüler haben mich mißverstanden, nur einer verstand mich, und der hat mich noch mißverstanden.“ Diese Erkenntnis muß unsern Erachtens recht bitter für einen Vortragenden sein; vielleicht gibt dies Ertelenz Veranlassung, doch in eine Revision seines Zukunftsprogramms einzutreten, welcher freundschaftliche Rat ihm von unsrer Seite übrigens schon im vorigen Jahre gegeben wurde.

Einen Sturm der Entrüstung erregte das Verhalten des Hauptvorstandes des Gewerksvereins der **Schuhmacher** und **Lebharbeiter** im Weissenfeller Schuhmachereistreib. Die Gewerksvereiner im Weissenfels hielten mit den Verbänden stramm zusammen, bis in der zehnten Woche die Gewerksvereiner von ihrer Leitung keine Unterstützung mehr erhielten. Beschuldigt werden der Hauptkassierer Kehl und der Hauptschriftführer Winter, den Streik gebrochen zu haben, indem sie entgegen früherer Erklärungen nach einem Besuche in Weissenfels den Streik für aussichtslos erklärten und durch Verweigerung weiterer Unterstützungsgelder seine alsbaldige Beendigung herbeiführten. Auch soll Kehl mit verschiedenen Schuhfabrikanten konferiert haben, woraus auch eine Benachteiligung der Streikenden gefolgert wird. Ob der Weissenfeller Streik wirklich noch Aussicht auf Erfolg hatte, mag dahingestellt bleiben. Daß die Leitung des betreffenden Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins aber tatsächlich mit ihrer Handlungsweise gefehlt hat, beweist wohl am besten jene Versammlung des Gewerksvereins der Schuhmacher in Jena, die mit Einstimmigkeit das Verhalten ihres Hauptvorstandes in entschiedener Weise verurteilte.

Die gegen den Organisationszwang in der Tarifgemeinschaft des bayerischen Silberbeschlägergewerbes gerichteten Klage eines Gewerksvereiners wurde vom Oberlandesgerichte Nürnberg ebenfalls konspiziv abgewiesen. Wir haben das landgerichtliche Urteil vom Juni vorigen Jahres eingehender besprochen; wenn die schriftliche Begründung des oberlandesgerichtlichen Urteils interessante Ausführungen enthalten sollte, kommen wir später darauf zurück.

Die **Christlichen Gewerkschaften** haben in der Person des bisherigen Führers der evangelischen Arbeitervereine in Berlin, des Arbeitersekretärs Franz Behrens, einen Generalsekretär erhalten. Daß sich die Nachfolge von August Bruß so regeln würde, haben wir auch nicht geglaubt. Herr Behrens, der ja auch in der Gärtnerbewegung eine Rolle spielte, konnte in den beiden letzten Jahren mit seiner Vertretung von Arbeiterinteressen keinen Hund mehr hinter dem Ofen vorlocken, hat er sich bei der Affäre Haasenfein & Bogler doch auch zum Sprachrohr des Guttenbergbundes gemacht.

Der rund 17000 Mitglieder zählende bayerische Eisenbahnerverband hat nun seinen Anschluß an die christlichen Gewerkschaften vollzogen, in deren Statistiken er schon bisher mit aufgeführt wurde. Dagegen ist ein gleicher Kastrierungsversuch bei dem 9000 Mann starken bayerischen Postverbande total mißglückt. Und von badischen Eisenbahnerverbände hat die ausschlaggebende Mannheim-Berzirksobmannschaft die nahegelegte Nachahmung des Beispiels der bayerischen Eisenbahner mit Entschiedenheit zurückgewiesen.

Gleich den **Christlichen Gewerkschaften** in Weihenfels, so haben die **Christlichen** bzw. deren Führer bei dem Kampfe im rheinisch-westfälischen Brauergewerbe ebenfalls eine sehr verurteilenswerte Handlungsweise auf ihr Konto geschrieben. Während die **Christlichen** Dünnele die dort sich dem Boykott angeschlossen haben, weil es sich um die Abwehr einer Koalitionsrechtsminderung handelt, gehen die christlichen Führer mit dem Brauereiringe. Erkelenz schreibt in seinem „Gewerkeboten“ sogar, daß Flugblätter des christlichen Gewerkschaftskartells in Düsseldorf ihre Entstehung und Verbreitung dem Gelde der Brauereien verdanken. Das wäre allerdings mehr wie schimpflich.

Der evangelische Arbeiterbund im Rheinlande hat seinen Vorsitzenden, den national-liberalen Abgeordneten und Fabrikanten Franzen, dahingezogen. Dieser Leiter eines „Arbeiter“-Bundes ist nämlich ein Herz und eine Seele mit den Kohlenbaronen, seinem Einfluß war die schändliche Falschung im Bergarbeiterstreit zuzuschreiben. Trotzdem wurden aber Versuche gemacht, diesen Arbeiterfeind zurückzubekommen!  
(Schluß folgt.)

## Gewerkschaftliches aus Großbritannien.

Ogleich die allgemeine Geschäftslage in den Monaten März und April keiner weiteren Verschlechterung unterworfen war, so blieb dieselbe trotzdem weit hinter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre zurück. Die Ursachen hierfür sind allerdings nicht weit zu suchen. Die Gewinnerzürme am politischen Himmel im fernsten Osten und nicht zum wenigsten die zerschlagenen Zustände im eignen Hause müssen schließlich auch auf den von Natur aus ziemlich pflegemäßig veranlagten John Bull bedrückend wirken. Selbst das reiche Albion kann einem derartigen Widerstreite der Meinungen, wie er seit zwei bis drei Jahren an der Tagesordnung ist, ohne Schaden zu erleiden, nicht entgehen. Das große Publikum wird durch die Diskussion über die Zollfrage in Siebeshöhe gehalten, und die organisierte Arbeiterklasse kommt aus der Aufregung ebenfalls nicht heraus, weil der Kampf zwischen Kapital und Gewerkschaft sich immer prounerzierter gestaltet. Hatte man sich durch die Annahme des neuen Gewerkschaftsgesetzes in zweiter Lesung vorübergehend in Ruhe wiegen lassen, so kam am 27. Mai wie ein kalter Schlag die Nachricht, daß die Vorlage im Parlamente zurückgezogen sei. Somit ist alle Arbeit vorläufig vergeblich gewesen, und es besteht keine Hoffnung, in der gegenwärtigen Zusammenfassung des Unterhauses auf Annahme eines neuen Gesetzes rechnen zu können.

Im Vordergrund des öffentlichen Interesses stand zweifellos der Demonstrationsszug der streikenden Armeeschuhmacher aus Raunds, einem Städtchen in Northamptonshire, die in einer Anzahl von 200 Mann nach der Hauptstadt gezogen kamen, um ihre Beschwerden vor das Parlament zu bringen. Die englische Regierung läßt ihren Bedarf nicht von Deconomiehandwerkern in der Armee decken, sondern vergibt alle derartigen Bestellungen an Privatunternehmer. Seit Jahren haben nun die organisierten Arbeiter verlangt, daß die Regierung bei Vergabe von Kontrakten tarifliche Bezahlung der Arbeiter zur Bedingung machen solle. Die Regierung nahm aber nie hiervon Notiz, sondern vergibt nach wie vor etwaige Aufträge auf dem Wege der Submision an die billigsten Unternehmer, welche letztere natürlich, wie üblich, versuchen, sich an ihren Arbeitern schadlos zu halten. Schließlich riß zur Abwechslung den Raundschen Armeeschuhmachern einmal die Gebuld und sie beschloßen, durch eine Demonstration nach London die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf die ihnen zuteil werdende skandalöse Entlohnung zu lenken und, wenn möglich, die Beschwerden im Parlamente zur Sprache zu bringen. Unter der Führung des Stadtverordneten Gibble marschierte jung und alt nach der Metropole, auf der ganzen Strecke von einem entfaszierten Publikum angefeuert und unterstützt. Jedoch sie hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht, denn als sie nahezu in London angelangt waren, wurde ihnen die enttäuschende Mitteilung vom Premierminister Balfour, daß er unter keinen Umständen eine derartige Deputation empfangen könne. Hiermit ließ sich aber der Sprecher Gibble nicht ohne weiteres abfertigen, sondern er ging zum äußersten, indem er ohne die offizielle Einladung versuchte, in das Parlament zu dringen. Un-

bemerkt gelangte er in das Allerheiligste, denn keiner von den Vertretern der Germandad vermutete in dem unscheinbaren Manne einen Friedensstörer. Im Reichstags-Saal angelangt, war es mit Bibbles Selbstbeherrschung zu Ende. Der Zorn über die Abweisung übermannete ihn, und in heftigen Worten verjuchte er, in einer Ansprache an die versammelten Abgeordneten seinem gepreßten Herzen Luft zu machen. Kaum hatte er begonnen, als fünf kräftige Hüter der Ordnung auf ihn einströmten und ihn hinauszuführen versuchten. Jedoch im guten War mit dem besparaten Manne nicht mehr anzufangen. Er entspann sich eine regelrechte Nachtbalgerei in den geweihten Hallen zu Westminster, bis es schließlich mit Verstärkung gelang, den Sprecher Gibble an die frische Luft zu befördern. Trotzdem also die Demonstration ihren eigentlichen Zweck verfehlte, wurde durch dies dramatische Finale die öffentliche Meinung auf den Streit der Raundschen Schuhmacher gelenkt und die Regierung zu einer Stellungnahme gezwungen. Sie beantragte die Einfegung eines aus Vertretern beider Parteien bestehenden Einigungsamtes mit einem Vertreter der Regierung als Vorsitzenden. Am 24. Mai fand eine Konferenz statt, in der verhandelt wurde, zu einer Regelung der streitigen Punkte zu kommen. Die Prinzipale offerierten die horrenden Summe von 1 Pence (3 Pf.) als Löhnerhöhung pro Paar. Die Vertreter der Arbeiter erklärten aber, die Vorschläge lieber den Arbeitern selbst zur Entscheidung zu unterbreiten. Am 25. Mai fand nun die Urabstimmung darüber statt mit dem Resultate, daß die Vorschläge mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurden. Der Streit dauert also fort.

Das Beispiel der zu dieser einzig dastehenden Methode gegriffenen Armeeschuhmacher schien Anlaß finden zu sollen, denn sofort bildeten sich Komitees der Arbeitslosen in diversen Distrikten als Manchester, Leicester u. a., die ein gleiches Vorgehen projektierten und auch zweifelsohne ausgeführt hätten, wenn nicht die Arbeitervertreter im Unterhause mit John Burns an der Spitze ihren ganzen Einfluß aufgebieten hätten, die Arbeiter von der Zwecklosigkeit derartiger Aufzüge zu überzeugen. Am 19. Mai wurde in einer Konferenz des Arbeitervertretungskomitees und des parlamentarischen und allgemeinen Komitees der föderierten Gewerkschaften beschlossen, anstatt derartiger mittelalterlicher Prozeduren in moderner Auflage, Anfang Juni Demonstrationen in sämtlichen größeren Städten Großbritanniens abzuhalten und die Regierung zu er-zucken, im Hinblick auf den noch immer schlechten Geschäftszug das projektierte Arbeitslosengehög schleunigst einzubringen. Von derartigen planvollen Agitations-versammlungen verprödt man sich weit mehr, doch aller Liebe Mühe wird auch hier vergeblich sein, wie am neuen Gewerkschaftsgesetze wieder zu Wenige illustriert ist. Für die Arbeiter gilt mehr denn je die Devise: „Helst euch selber, dann wird euch geholfen!“

In Dublin wurde ein weiteres ungünstiges Urteil gegen die Gewerkschaft der Mäler gefällt. Die Mitglieder der Belfaster Branche werten sich mit einem einer Gegenorganisation angehörnden Arbeiter zusammen zu arbeiten, worauf dieser entlassen wurde. Der entlassene Arbeiter klagte auf Schadenersatz und erzielte ein ob-siegendes Urteil; die Gewerkschaft muß 3000 Mk. berappen.

Am 1. Mai fand wie üblich eine große Demonstration im Hyde Park statt, an der sich jedoch die Gewerkschaften in bedeutend geringerer Zahl beteiligten als in früheren Jahren. Man richtet sich hier offenbar gar nicht nach den Beschlüssen der internationalen Kongresse.

In der Metropole ist der Stand des graphischen Arbeitsmarktes nach wie vor recht mittelmäßig. Die Londoner Sezerergesellschaft verzeichnet durchschnittlich 500 Arbeitslose. Das neue Komitee geht rühlig ans Werk, um den Ursachen dieser Mißverhältnisse auf den Grund zu kommen. Gewisse Elemente liegen jahraus jahrein der Kasse zur Last. Es ist notwendig, daß 35 Mitglieder in fünf Jahren über 138000 Mk. an Arbeitslosenerstützung bezogen haben; weitere 77 brachten es auf 110000 Mk. im gleichen Zeitraume. Daß hier etwas faul im Staate Dänemark sein muß, liegt klar auf der Hand. Allgöziger Sentimentalität ist da nicht am Platze, denn hier hat man es zweifellos mit notorischen Dummkörn zu tun. Gegen das Lebensundenwesen und die Lehrlingswirtschaft soll auch Front gemacht werden.

Vom 26. bis 28. April fand der schottische Gewerkschaftskongress zu Hawik statt. Die Punkte, welche auf der Tagesordnung standen, decken sich durchweg mit denselben des englischen Kongresses, es erübrigt sich daher, ausführlich darauf einzugehen. Man war mit dem jetzigen Kurse nicht zufrieden und beauferte, daß die gegenwärtige Generation ihre Zeit lieber dem Sport widme als der Lösung sozialer Probleme. Zum Schluß wurde dem verdienten Abgeordneten Keir Hardie ein Geschenk von 3000 Mk. überreicht, um denselben nach seiner überstandenen Krankheit wieder auf die Beine zu setzen.

Durch die Freundlichkeit des Sekretärs, John Templeton, erhielten wir einen Jahresbericht der Scottish Typographical Association, aus dem wir ersehen, daß die Stagnation im Gewerbe auch größere pekuniäre Anforderungen an die Kassen des schottischen Verbandes stellte.

Auf Grund des beigefügten Protokolls der außerordentlichen Generalversammlung sind wir genötigt zu berichten, daß nicht die Krankenunterstützung einzuführen, sondern eine Erhöhung des Beitrages für die Krankenunterstützung abgelehnt wurde. Da das offizielle Programm recht lange auf sich warten ließ, verließen wir

uns auf die Information von dritter Seite. In einem gesonderten Artikel werden wir noch etwas näher auf diese Vereinigung eingehen.

Auch dem Sekretär der Typographical Association, S. Skinner, lud wir für die Uebersendung des Halbjahresberichtes 27. Juni bis 31. Dezember 1904 zu Dank verpflichtet. Der andauernd schlechte Geschäftszug, verbunden mit dem ungünstigen Ausgange des Hullschen Streiks haben das Vereinsvermögen wesentlich geschwächt. Beim allgemeinen Fonds und beim In-valabilitätssonds war ein Defizit zu verzeichnen. Die vorläufig festgelegten Regeln über die Konstant-Monotypen werden ebenfalls veröffentlicht. Die wichtigsten Paragraphen seien hiermit herausgegriffen:

„Die Arbeitszeit ist dieselbe wie die der Handsezer. Das Minimum beträgt 12 1/2 Proz. mehr als das der Handsezer. Lehrlinge dürfen erst nach vollendetem dritten Lehrjahre angeleert werden. Das Duallsystem ist zulässig, jedoch darf der Wechsel nicht häufiger als alle fünf Stunden erfolgen. Für Nachtarbeit ist ein Extraaufschlag von 15 Proz. zu zahlen, für Afordarbeit sind 25 Proz. des jeweiligen Handfajspreises vorgelesen. Allen Berechnern muß ein Minimum von 35 Stunden garantiert werden. Wartezeit oder der Rest wird nach der Skala für gewisses Geld berechnet. Sämtliche Operateure müssen Mitglieder der Typographical Association sein. Die Angestellten sind turkscht dem Personale zu entnehmen.“ — Da bei der nächsten Tarifverhandlung diese Frage auch in Deutschland gelöst werden muß, so wird eine genaue Uebersetzung der Satzungen der Redaktion und dem Leipziger Maschinensezerklub zugehen. Von den beiden Kontrahenten unterschrieben sind diese Satzungen noch nicht, da die Gehilfen dieselben in den Hauptpunkten auf Fast- und Gießapparate angewandt wissen wollen, während die Prinzipale unter keinen Umständen hierfür zu haben waren. Doch das letzte Wort ist hoffentlich noch nicht gesprochen.

London.

P. B.

## Korrespondenzen.

S-n. **Ubenrade.** Die letzte Versammlung fand am 3. Juni im Hotel „Stadt Hamburg“ statt. Es wurde zunächst beschlossen, das Johannistfest, bestehend aus einem Gartenfeste und nachfolgendem Ball im Vereinslofale zu feiern. Zum Punkte 2 der Tagesordnung: Sind wir mit der Schreibweise des „Corr.“ einverstanden oder nicht, entspann sich eine rege Diskussion, worin die gegenwärtig beobachteten Angriffe auf den Kollegen Hefhäuser scharf verurteilt wurden. Es wurde schließlich eine vom Vorsitzenden eingebrachte Resolution folgenden Wortlautes einstimmig angenommen: „Die heute tagende Versammlung ist mit der Schreibweise des Kollegen Hefhäuser völlig einverstanden und ist davon überzeugt, daß eine Wiederwahl desselben dem Verbands nur zum Vorteile gereichen wird. Die Versammlung beaduert, daß die Arbeit des Kollegen Hefhäuser von manchem Kollegen verkannt und dadurch erschwert wird.“ Nach Erlebigung einiger Punkte untergeordneter Bedeutung wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

**Düsseldorf. Korrektorenverein.** Einer Anregung der Zentralkommission folgend, ergreift der Düsseldorfer Korrektorenverein die Initiative zu einer Vereinigung der Korrektoren im Gau Rheinland-Westfalen. Die Gründung eines den ganzen Gau umfassenden Vereins soll in der am 18. Juni stattfindenden Versammlung erfolgen. An die Kollegen Rheinland-Westfalens geht daher das Ersuchen, sich dem Vereine vollzählig anzuschließen und zu der Versammlung entweder zu erscheinen oder ihren Beitritt schriftlich zu erklären. Die Vertrauensleute werden ersucht, die Korrektoren hierauf aufmerksam zu machen. Direkte Adressen zur Zufindung von Material sowie Ummeldungen wolle man richten an Kollegen C. Pröpper, Düsseldorf, Wilferallee 20, II.

-a- **Gefurt.** Die Monatsversammlung vom 3. Juni beschäftigte sich u. a. auch mit der Frage der Anstellung eines besoldeten Gauverwalters für Osterrland-Thüringen. Diefelbe ist bereits im Prinzip vom letzten Gantage in Raumburg beschlossen, und erkannte auch die Versammlung die feste Anstellung eines solchen Beamten als eine durch die bevorstehende Amtsniederlegung des jetzigen Gauverwalters sich ergebende unbedingte Notwendigkeit an. Dagegen gingen die Ansichten über die Deckungs- und die Gehaltsfrage auseinander. Während einige Kollegen glaubten, daß durch Zusammenlegung der jetzt auf verschiedene Aemter sich verteilenden Remunerationen ohne Beitragserhöhung auszukommen sein werde, konnte diese optimistische Auffassung von der Mehrzahl der Redner nicht geteilt werden, besonders nicht im Hinblick auf das vom Gantage in Aussicht genommene Anfangsgehalt. Da nun aber der Gantage einen vom Ortsvereine Erfurt gestellten Antrag auf eine Steuererhöhung um 5 Pf. zur Gantasse abgelehnt hat, welche letztere den stetig steigenden Anforderungen gegenüber auf einer gefunden Grundlage zu erhalten bestimmt war, so wurde die Versammlung dahin schließig, den Vorsitzenden zu beauftragen, auf der später abzuhaltenden Bezirksvorsteherkonferenz für möglichste Sparfamkeit zu plädieren, ohne daß indes der Vorwurf der Knäuscherieit deshaß erhoben werden dürfe; in einigen Jahren würde trotzdem eine Steuererhöhung notwendig sein, wenn die Agitation so, wie mit der Anstellung des Gauverwalters geplant und durch die teilweise vorhandenen trübten Verhältnisse im Gau dringend geboten, betrieben werden soll. An die

Adresse der Generalversammlung wurde das Ersuchen gerichtet, den Gauen wenigstens vier Prozent für Verwaltung zu überwiehen, denn es sei ein merkwürdiger Zustand, daß die Mitglieder in den Gauen die Verwaltung ihrer Beiträge und die Wahrnehmung von Funktionen, die im allgemeinen Verbandsinteresse liegen, gewissermaßen noch extra aus ihrer Tasche bezahlen müßten, fernermaßen der Zentralvorstand Gesuchen um Uebernahme von Agitationskosten gegenüber seit jeher ziemlich schwebföhrig sei. Ein zweiter wichtiger Punkt der Versammlung betraf deren Stellungnahme zu dem Antrage Berlin an die Generalversammlung auf Kündigungs des Tarifes. Einmütig gab die Versammlung ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß den Interessen der Gesamtheit mit einer Revision besser gebiet sei, als mit der Kündigungs, die zudem wichtige Errungenschaften allgemeiner Natur, wenn auch nicht geradezu vernichten, so doch deren Wirksamkeit wesentlich zurückschrauben geeignet sei. Es wurde von einem Redner direkt in Zweifel gezogen, ob der Antrag Berlin auf Kündigungs des Tarifes auch wirklich aufrecht gemeint sei und die Vermutung ausgesprochen, daß derselbe nur die Gelegenheit bieten solle, den Gegensatz zwischen Berlin contra Zentralvorstand und „Corr.“ in der Auflassung über Durchführung und Aufrechterhaltung des Tarifes zu beleuchten. Treffte diese Vermutung aber auch nicht zu, so müßten sich die Berliner Kollegen vergegenwärtigen, daß es für sie bei ihrer kompakten, organisierten Masse vielleicht verhältnismäßig leicht fallen könne, einen ihrer speziellen Interessen entsprechenden Tarif durchzusetzen, daß aber andererseits die mit einer Kündigungs verbundene gewerblidhe Korruption in der Provinz ihre Position dringend gefährde. Die Berliner Kollegen, so wurde angedeutet, hätten wohl kaum eine richtige Vorstellung davon, welche unsägliche Mühe und Arbeit das bisherige Tarifwerk in der Provinz von den Kollegen gefordert habe, an deren Niedrigrat und Prinzipienfestigkeit schon bei Durchführung und Zuneckhaltung eines revidierten Tarifes Anforderungen gestellt würden, deren Konsequenzen die Kollegen der gut organisierten Großstädte viel leichter abzuwehren in der Lage seien. Diese Erfolge auf dem Tarifgebiete dürste die Provinz durch Unterstützung des Antrages Berlin nicht illusorisch machen. Diese Meinung der Erfurter Mitgliedschaft soll den Delegierten des Ganes hiermit zur Beachtung mitgeteilt werden. Von einer eingehenden Debatte über die Differenzen der Berliner und Leipziger Vereinsleitungen mit der „Corr.“-Redaktion wurde mit Rücksicht auf die nahe bevorstehende Entscheidung der Generalversammlung abgesehen. Doch wurde es allgemein als Mißstand empfunden, daß bei dem notorischen Raumangel unsers Verbandsorgans und den stetigen Mahnungen an die Provinzorte, sich der allergrößten Kürze in ihren öffentlichen Kundgebungen zu bescheiden, von den führenden Mitgliedschaften des Verbandes eine derartige, engbegrenzte Motiven entsprechende Polemik veranlaßt worden sei. Diese Polemik lasse sich mit Deutlichkeit erkennen, daß nichts verkehrter sei, als den „Corr.“ nach Berlin zu verlegen.

**D. Bezirk Gagen.** (Eingegangen am 8. Juni.) Unser Bezirk hielt am 14. Mai seine zweite Bezirksversammlung in Arnsherg ab. Besucht war die Versammlung von nur 45 Mitgliedern, welche sich aus die Orte Arnsherg (9), Weilon (2), Gagen (15), Hemer (3), Hohenlimburg (2), Sjerlohn (7), Wenden (1) und Reheim (6) verteilte. Unter herzlichem Begrüßungsworten eröffnete der Vorsitzende die Versammlung und teilte einleitend mit, daß demnächst in Gagen eine Defensitive Versammlung abgehalten werde, zu welcher Kollege Mezhausen das Referat übernommen habe. Der vom Kassierer Steinmann-Gagen erstattete Kasfenbericht vom ersten Quartale verzeichnete eine Einnahme von 3785,16 Mk., eine Ausgabe von 1133,45 Mk., so daß ein Ueberchuß von 2651,71 Mark verbleibe. Wenn auch konstatiert werden konnte, daß der Kasfenbericht in allen seinen Teilen für richtig befunden und dem Kassierer Decharge erteilt wurde, so wurde doch lebhaft Kritik daran geübt, daß kein einziger der Revisoren in der Versammlung erschienen sei. (Da der Besuch einer Bezirksversammlung in Arnsherg infolge der ungünstigen Lage des Tagungsortes für fast sämtliche Bezirksmitglieder mit bedeutenden Kosten verknüpft ist, so wird auch wohl hierin der Grund des Nichterscheinens der Revisoren zu suchen sein; der überaus schwache Versammlungsbefuch — von dem 35 Mitglieder starken Ortsvereine Lidenbesich war kein einziger Kollege erschienen — läßt diese Annahme wenigstens zu und dürfte wohl zu erwägen sein, ob es nicht zweckmäßiger erscheint, die Bezirksversammlungen in Orten abzuhalten, welche ohne größere finanzielle Opfer von allen Bezirkskollegen zu erreichen sind. Der Schriftführer.) Ueber die Verhandlungen des Gantages wurde seitens der Kollegen Lorenz und Wücking eingehend Bericht erstattet. Während man im allgemeinen mit dem Ergebnisse des Gantages zufrieden war, glaubten doch einige Kollegen die Gebaltsaufbesserungen der Gaubeamten als zu hoch bemessen bezeichnen zu müssen, während von anderer Seite, speziell von den Gantagsdelegierten, betont wurde, daß die Gehaltsverbesserungen wohl begründet seien und übrigens auch den Beschlüssen des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses entsprächen. Unter Punkt „Verschiedenes“ regte Kollege Revohy-Reheim an, im Interesse einer planmäßigen Agitation von Zeit zu Zeit Versammlungen der Vertrauensmänner des Bezirks abzuhalten. Der Vorschlag fand sympathische Aufnahme und wurde der Vorstand aufgetragen, die hierzu notwendigen Schritte einzuleiten. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Wetter be-

stimmt und hierauf die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

**Hamburg.** Da es mir nicht mehr möglich ist, in einer hiesigen Versammlung eine beabsichtigte Erklärung abzugeben, so sehe ich mich gezwungen, auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege dieselbe zur Kenntnis zu bringen. Die Ausführungen des Kollegen Klante in der „Corr.“-Debatte letzter Versammlung gipfelten beknalllich in dem Aussprache, „Mezhäufer muß abgefagt werden!“ Wenn gleich darauf gesagt wird, Thorhauer äußerte sich ähnlidh, so wird jeder vermuten, der ist auch fürs Absagen. Dem ist denn doch nicht so. Tatsächlich haben nur Klante und Scharnberg vom Absagen gesprochen. Was meine Person anbetrifft, so bin ich gegen jede Verschwendung der im Verbande vorhandenen Kräfte; leider — das möchte ich besonders betonen — stellt man sich nur zu sehr auf den Standpunkt des Arbeitgeberes. Was meine Ausführungen an sich betrifft, so bin ich nach wie vor der Meinung, daß die Haltung des „Corr.“ eine andre sein kann, ja sein muß. Die Streitigkeiten zwischen Redaktion und sehr vielen, nicht nur größeren, sondern auch kleineren Mitgliederkreisen müssen mit Rücksicht auf das Verbandsinteresse vermieden werden. Ist es immer notwendig, bei durchaus nicht aktuellen und brennenden Fragen den in Betracht kommenden Kollegenkreise zu eroffnen: Ihr habt wieder einmal einen kolossalen Eck geschossen. Ich möchte nur an einen Hamburger Fall erinnern. Der Hamburg-Altonaer Buchdruckerverein hält eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns zu den Kollegen, welche neben ihrer Geschäftstätigkeit eine eigne Druckerei betreiben?“ Zum Schlusse der Debatte wird fast einstimmig eine entsprechende Resolution angenommen. Die Redaktion fügt dem Berichte die latonische Bemerkung an: Die Resolution ist Unsin, man sollte die Betreffenden so oder so zu dem Anerkenntnisse ihrer Prinzipalität zwingen. Wie das aber geachtet ist, wurde vergesen hinzuzufügen. Auf den Fall Leipzig will ich gar nicht zu sprechen kommen, nur bemerken möchte ich, daß auch eine Redaktion nicht vor irrthümlichen Ansichten gefeit ist und es deshalb vermeiden müßte, ihre Meinung in offensativer Weise den Meinungen anderer entgegenzustellen. Es muß doch schließlidh bedacht werden, daß den Kundgebungen unsers Redakteurs ein viel größeres Gewicht beigelegt wird, als demjenigen anderer Kollegen. Deshalb habe ich mich in der Hamburger Versammlung auch dahin geäußert, daß Kollegen auf exponierten Posten inifandte sein sollten, auch weise Beschränkung zu üben. Bei der jetzt üblichen Form der Dirigierung der Verbandskräfte kann auch bei weniger empfindlichen Kollegen das Gefühl der Schulfmeisterei erwachen. Und hierdurch wird nicht in letzter Linie jedes Mitarbeiter großer Kollegenkreise illusorisch gemacht, da dieselben das Empfinden haben, daß ihre Betätigung der Verbandsinteressen sich nicht in den richtigen Bahnen bewegt und schließlidh stehen sie mißgeregnet beiseite und Kräfte, die ein so großes Gemeinwesen sehr gut gebrauchen könnte, liegen brach. Ich bin fest davon überzeugt, daß es dem Kollegen Mezhäuser sehr leidt möglich ist, seine Meinung ohne diese betreibende Begleitersehung zum Ausdruck zu bringen. Wenn er glaubt, irgendwo die bessere Hand anlegen, oder die Marschrichtung einzelner Kollegenkreise korrigieren zu müssen, so wäre das wohl ebensolch durch Kritik tattlich-befehlenden Inthaltet möglich, in denen er ohne nähere Bezugnahme auf irgend einen Mitgliederkreis die richtigen Wege zeigen könnte und Fehler, die ihn seine reichen Erfahrungen als solche zu erkennen gelehrt haben, zu korrigieren. Ich glaube deshalb, wenn sich die fernere Thätigkeit des Kollegen Mezhäuser in diesem Rahmen bewegt, so kann es dem Verbande nur zum Segen gereichen, wenn ihm die schägenswertte Kraft des bisherigen geistigen Leiters erhalten bleibt. G. Thorhauer.

-t. Leipzig. (Maschinenmeisterversammlung am 26. Mai.) Bei Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende die Konstituierung der Kommission bekannt. Im Kommissionsberichte wurde das Programm für die am 16. Juli auszuführende Partie nach Weimar bekannt gegeben und die Kollegen ersucht, für eine rege Beteiligung zu agitieren; weiter wurde der für die Zeit vom 18. bis 25. Juni geplanten internationalen Zeitungsausstellung gedacht, welche große Reichthätigkeit und Gediegenheit verspreche. Aus diesem Anlasse habe die Kommission eine offizielle Postkarte in künstlerischer Ausführung herausgegeben. Verschiedenen Anfragen von auswärts gegenüber wurde bekannt gegeben, daß der Besuch der Ausstellung für Sonntag den 25. Juni empfohlen worden sei, um bei genügender Beteiligung ein kleines gemüthliches Besammentsein der Ausstellungsbesucher mit den hiesigen Kollegen in die Wege leiten zu können. In Berücksichtigung vorliegender Gesuche vereinzelt stehender Maschinenmeister in der Umgebung Leipzigs um Anschluß an die Leipziger Maschinenmeisterkommission als Einzelmitglieder, hat die Versammlung den Kommissionsbeschlusse, die Kollegen auch unter Beibehaltung der 5 Pf.-Steuer aufzunehmen, gut geheißen. Der Bericht vom internationalen Maschinenmeisterkongresse soll, sobald derselbe gedruckt vorliegt, in einer der nächsten Versammlungen eingehend durchberaten werden. Das zu veranaltende Sommerfest findet am 10. August im Obergarten statt. Zu der gelegentlich des Sängertages (Fingstien) stattfindenden Monumentaleröffnung und Guldigung unsers unvergeßlichen Hirtel hat der Vorsitzende um recht zahlreiche Beteiligung. Auch beabsichtigt die Kommission namens der Leipziger Maschinenmeister einen Kranz niederzulegen. Betreffs der Präsenzliste, einer Neuerung in unseren Versammlungen,

machte Kollege Hesselbarth darauf aufmerksam, daß das auf diese Weise gesammelte Material im Jahresberichte stattdes wiederzugeben werden soll. Die Vorlesung der Präsenzliste brachte die beschämende Tatsache, daß gerade die Kollegen derjenigen großen Firmen, die in letzter Zeit zu verschiedenen Klagen über Behandlung und Druckereiverhältnisse Anlaß gaben, überhaupt nicht in der Versammlung vertreten waren. Ein interessanter Vortrag des Herrn Sievers-Hannover über „Moderne Drucktechnik“, behandelte die verschiedenen Stanz- und Prägeverfahren, kombinierte Druck- und Prägeverfahren sowie Schnittprägung. Der Herr Referent verband es an der Hand vorzüglich ausgeführter Probearbeiten sowie verschiedener Formen und Matrizen, den Kollegen manden Fingerzeige und Vorteile bei den oft schwierigen Arbeiten zu geben. Auf die bei der Diskussion gestellten Anfragen stellte der Herr Referent seine Erfahrungen gern zur Verfügung. Der reiche Apparat bewies, daß die Kollegen dieser Art Verträge zu schätzen weiß. Unter „Berufliches“ kam der Streit bei der Firma Hirschfeld eingehend zur Sprache, bei dem sich die „Tariftreue“ der Mitglieder der Prinzipalkasse im rechten Lichte zeigt. Der Hirschfelderinnenstreik bei der Firma Hirschfeld, wo von 41 Anlegerinnen, Punktiererinnen usw. 32 die Arbeit wegen einer verweigerter Lohnaufbesserung niederlegten, brachte zwölf von unseren Kollegen unfreiwillige Ferien in Form der Entlassung ein. Auch die Beendigung der bei der Firma Brockhaus vorübergehend eingeführte Doppelschicht hat unsern Konditionenlosten bedeutend in die Höhe gebracht. Wegen die in letzter Zeit verschiedentlich ausgetauschten Stimmen, betreffs geplanter Tariffestimmungsänderung und Gehaltsveränderung von seiten Leipzigs legte Kollege Hesselbarth Verwahrung ein. Kollege Lehmann gab nun in seiner Eigenschaft als Gehaltsvertreter beim Tariffestimmungsgerichte bekannt, daß in letzter Zeit verschiedene Kollegen, welche zur Referturierung gehen mußten, auf die ihnen tariflich (§ 36) zustehende Entschädigung verzichtet hätten, weil der Prinzipal für die etwa länger als drei Stunden gebrauchte Zeit einen Schadenerfaß beanpruchtete. Diese Fälle sind als ein Tarifbruch der Gehilfen von seiten der Prinzipalvertreter beim Tariffestimmungsgerichte bezeichnet worden. Redner verpflichtete die Kollegen, sich nicht zu beratigten Konzeptionen herzugeben. Nach Erledigung interner Angelegenheiten wurde die von 200 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen. Die ausgeteilten Arbeiten des Ausschneidebetrufes sowie eine reichhaltige Ausstellung verschiedener Präge- und Stanzarbeiten wurden einer eingehenden Besichtigung unterzogen.

**G. Ludwigshafen a. Rh.** In der am 3. Juni abgehaltenen Ortsvereinsversammlung wurde die Aufhebung der Sperre über die Druckerei Ferd. Jersmann beschlossen. Diese Firma hat den Tarif schon verschiedentlich anerkannt, aber nie eingeführt, und nur der bayerische Ministerialerlass scheint das Verständnis für die Tariffestimmungsgehoben zu haben. Wir werden dieser Firma bezüglich Durchführung und Einhaltung der tariflichen Bestimmungen ein wachsames Auge bewahren. In Nr. 64 des „Corr.“ fñht sich der Bericht der Mitglieder von Mainz bemüht, nochmals der auf dem Gantage angenommenen „Militärvorlage“ das Wort zu reden. Insbesondere hat es den Mainzern der Ludwigschafener Versammlungsbericht angetan, der den „Akt der Gerechtigkeit“ über wie die modernere Bezeichnung lautet: Unterstützung für durch höhere Gewalt erzwungene Arbeitslosigkeit“ geührend würdigte. Wenn Kollege r. fragt, warum wir gerade Mainz als den Vater der „Militärvorlage“ bezeichnen und nicht auch die vier weiseren Unterzeichner des Antrages, so hat dies seinen Grund darin, daß gerade Mainz es war, das vor dem Gantage in eine rege Agitation für die Vorlage eingetreten und die umliegenden Bezirksvereine für Annahme der Vorlage mobil gemacht hat. Und selbst ein Mitunterzeichner der Vorlage, „ein altes verdientes Verbandsmitglied“, äußerte sich nach Annahme derselben auf dem Gantage, „daß, wenn er gewñst hätte, daß diese Sache so viel Staub aufwirbelte, wäre er nie dafür eingetreten“. Der Vorwurf gegen unsere Delegierten seitens Mainz, wies die Versammlung durch einstimmige Annahme folgender Resolution zurück: „Die heutige Versammlung des Ortsvereins Ludwigshafen protestiert entschieden gegen die Schreibweise des Bezirksvereins Mainz in bezug auf die „Militärvorlage“, als wären die Delegierten des Bezirksvereins Ludwigshafen nicht bei der Sache gewesen, und glaubt die Versammlung, daß dieselben ebenso gut wie die Mainzer Delegierten ihre Pflicht erfüllt haben.“ Im übrigen gegen wir, die Erwartung, daß der Appell an die Generalversammlung nicht verjagen und dortselbst eine Ansprache über den neuesten Unterstützungsweig herbeigeführt werden möge. Dortselbst haben es dann die Mainzer Delegierten in der Hand, die jeder demokratischen Grundlage entbehrende „Militärvorlage“ zu vertreten. Sollte eine Ansprache auf der Generalversammlung nicht herbeigeführt werden können, so überlassen wir das getroßt dem nächsten Gantage, der mit diesem Beschlusse von Unterstützung bestimmt aufräumen wird.

**Mannheim.** Von der Ersten Mannheimer Holztypenfabrik Sachs & Co. ging uns folgende Berichtigung unter Berufung auf das Pressegesetz zu: „Die Behauptung in Nr. 64, Seite 3, von Mannheimer datiert, daß der Ausstanz bei der Ersten Mannheimer Holztypenfabrik Sachs & Co. noch unverändert stehe, ist nicht richtig.“ Es hatten von 19 in der Abtheilung III „Holzartenfassen“ beschäftigten Arbeitern 14 ordnungsgemäß gekündigt und sind mit Zeugnissen versehen ordnungsgemäß

ausgetreten. Die anderen 5 Arbeiter sind geblieben und 3 von den 14 sind wieder eingetretener. Die Stellen der weiteren 11 sind mit anderen Arbeitern längt besetzt worden, welche sämtlich ihre Arbeiten in völlig zufriedenstellender Weise liefern."

**M. Bad Nauheim.** Der Ortsverein Friedberg-Bad Nauheim, dessen Mitgliederzahl auf 26 gestiegen ist, feiert sein diesjähriges Jubiläum am 2. Juli im Anschlusse an die am demselben Tage in Bad Nauheim abzuhaltende Versammlung des Bezirkes Gießen. Vom 9. bis 16. Juli veranstaltet unser Ortsverein eine öffentliche Druckmaschinen-Ausstellung (siehe Inserat). Auch in gewerkschaftlicher Beziehung ist derselbe in letzter Zeit sehr tätig gewesen. Unter anderem hat sich derselbe wieder dem Kartelle angeschlossen, nachdem er vor etwa zwei Jahren wegen zu geringer Mitgliederzahl und zu hoher Kartellbeiträge aus demselben ausgetreten war. Der Besuchsbesuch ist durchschnittlich ein sehr guter.

**D. Stuttgart.** Mitglieder- und Parteiverammlung vom 3. Juni. Da bei Eröffnung der Versammlung nur ungefähr 50 Kollegen anwesend waren, fragte der Vorsitzende an, ob das Komitee über den Gewerkschaftskongress vom Kollegen Komitee zurückgestellt werden sollte oder nicht und war der Referent mit anderen Rednern der Ansicht, daß es sich vor leeren Bänken nicht lohne, ein solch wichtiges Thema zu behandeln, außerdem könne es nicht schaden, wenn die Mitglieder der Stuttgarter, von der nur eine solche kleine Anzahl von Kollegen es der Mühe wert halte, eine Versammlung zu besuchen, öffentlich in „Corr.“ gebraucht werde. Unter „Vereinbarung“ teilte der Vorsitzende mit, daß wirklich von gewissen Seiten an die Kollegen das Ansehen gestellt werde, die in der Woche von jedem einzelnen Seger gefestigten Zeilen einzuschreiben; es sei dies abzulehnen, denn das Berechnen im gewissen Masse sei nicht statthaft, eventuell sollten sich die betreffenden Kollegen an das Schiedsgericht wenden; nach einem Beschlusse des Vorstandes soll der Antrag und die Generalversammlung der „Wirt. Kassen“ Mitte Dezember stattfinden. In der Diskussion wurde der Bericht des Maschinenmeistervereins in Nr. 60 des „Corr.“ kritisiert, jedoch vom Vorsitzenden eine Weiterbehandlung dieser Sache abgelehnt, da dies nicht hierher gehöre. Da die Zahl der Anwesenden inzwischen auf das Doppelte gestiegen war, entspann sich nochmals eine Debatte über die Erhaltung des Referates, jedoch blieb es bei der Zurückstellung, nur wurde die Verlesung der Präsenzliste gewünscht, wodurch die Anwesenheit von etwas über 100 Kollegen von 1200 aus 27 Diszinen festgestellt wurde. Der dritte Punkt wurde durch Genehmigung des Antrages, daß der Stammtisch beim Gewerkschaftshauses von 2000 auf 3000 Mk. erhöht werde, erledigt; in der darüber gepflogenen Debatte kam zum Ausdruck, daß, wenn die Kollegen nicht mehr wie früher zur Frequenz des Gewerkschaftshauses beitragen, es sie nicht wunder nehmen dürfe, wenn weitere Mittel von ihnen zur Aufrechterhaltung des Hauses verlangt werden. Bei der Besprechung der Anträge zur Generalversammlung wurde nochmals eine Debatte hervorgerufen durch den von hier aus gestellten Antrag betreffs Sitzverlegung des „Corr.“; weiter wurde bei dem Antrage Berlin, die Kündigung des Tarifvertrages, von einem Redner die Parallele gezogen zwischen einem seinerzeit in der „Sozialen Praxis“ vom Kollegen Massini geschriebenen Artikel über „Tarifgemeinsamkeiten“ und dem jetzt von demselben Orte gestellten Antrage; Redner war der Ansicht, daß die Delegierten es sich wohl überlegen würden, einem solchen Antrage die Zustimmung zu geben und jahrelangelange Arbeit über den Hausen zu werfen; im Verlauf der Debatte wurden die Delegierten ermutigt, die von den einzelnen Sparten gestellten Anträge zu unterstützen.

Auf die in Nr. 54 des „Corr.“ erschienene Notiz aus Bogen hat der Lektor der Druckerei „Dyrolia“, Herr Richter, eine Richtigstellung eingefandt, wonach das dort behauptete in der Hauptsache widerstritten oder etwa vermängelt auf andere Ursachen zurückgeführt wird. Nach an Ort und Stelle eingegesehenen Entwürfen wird nun von berufener Seite folgendes festgestellt: Herr Richter behauptet, daß besagte Druckerei zu den besten und gesundesten zu zählen sei, da fast alle Seger Fensterplätze zur Verfügung und Aussicht auf einen breiten, mit Bäumen bestandenen Garten hätten. Im Sommer könnten die Fenster geöffnet werden und im Winter sei das Lokal durch zwei Defen genügend geheizt, wofür der Umstand Beweis biete, daß einzelne Seger sogar zu dieser Jahreszeit die Fenster öffnen. Hierzu sei bemerkt, daß es im Sommer für die Arbeiter betreffender Druckerei allerdings möglich ist, sich gegen die Wirkungen der niedrigen und feuchten Lufte sowie gegen den vielen Staub durch das Öffnen der Fenster zu schützen, daß das letztere im Winter aber nicht wegen der übermäßig warmen Temperatur geschieht, sondern um dem durch die Defen entwickelten Naude Abzug zu verschaffen. Obwohl die Defen bei der Heizung seit Jahren mehr Rauch als Wärme entwickeln, und des öftern ein Verweilen in diesen Räumen geradezu gefährlich wird, ist aber von Seite der Druckerei diesem Mißstande noch nicht abgeholfen worden. Eine direkte Unwahrheit ist es, wenn behauptet wird, daß die Lokale dieser Druckerei im Winter genügend geheizt würden, was deutlich das öftere diesbezügliche Vorstelligwerden verschiedener Gehilfen sowie der Umstand beweist, daß sich mehrere Kollegen zur Winterrzeit in dieser Druckerei erfrorene Hände hielten. Die Lokale könnten

zwar ausreißend geheizt werden, das wird aber durch eine übertriebene Sparfamkeit von Seite des Druckereileiters verhindert. Dies illustrieren deutlich einige Aussprüche des letzten: Wenn auf dem Dache der Druckerei Schnee liege, ist die Heizung nicht notwendig. Ein ander-mal belächelte Herr U. auf eine diesbezügliche Interpellation zu antworten: „Die Leut' soll'n arbeiten, dann kriag'n's schon warm!“ (1) Erwägt sei noch, daß bei stärkerem Regen das Wasser durch die Defe der Druckerei dringt. Ferner erwähnt Herr U., daß er des öftern lungenkranke Gehilfen „zur Erholung“ in sein Geschäft nahm. Dies allerdings beruht auf Tatsache. Doch sei ein Anspruch eines derart „zur Erholung“ eingestellten Kollegen zitiert. Derselbe sagte: „Wenn ich noch länger in dieser Bude verbleibe, dann werde ich ganz fin.“ Weiter führt Herr U. an, daß die Befandlung des Personals seinerzeit keinen Grund zur Klage gebe. Hier sei kurz bemerkt, daß diesbezüglich bereits von Seite des Personals Klage geführt wurde, und nachweislich Herr U. sein Personal mit „Bagage“, „Gefindel“ und „Schulter“ titulierte. Betreffs der Entlohnung rühmt sich Herr U., daß er nicht unter dem Minimum bezahle und bei ihm ein Seger sogar mit 28 K entlohnt wird. Dem sei gegenübergestellt, daß diese 28 K-Entlohnung nur vereinzelte Fälle betrifft, daß aber der größere Teil der Kollegen stets mit dem Minimum oder mit 1 K mehr entlohnt wird, was den höchsten Verhältnissen entsprechend eine nicht gerade gute Entlohnung zu nennen ist. So z. B. bezahlt Herr U. dem Metteur, welcher drei Zeitungen zu umrechen hat, bloß 26 K und antwortete auf ein diesbezügliches Aufbesserungsgesuch mit der Kündigung. Auch wurden Arbeitszähler zum Minimum eingestellt und als solche längere Zeit entweder mit letztem oder mit 26 K. entlohnt. Ob darin etwas Mißmenswertes zu erblicken ist, sei dahingestellt. Betreffs der Dauer der Konditionen gesteht Herr U. ein, daß dieselbe nicht so ist, wie sie sein sollte oder anderswo ist, jedoch führt er dies darauf zurück, daß verschiedene unserer Kollegen bei Annahme der Kondition mehr versprechen, als sie halten können; ferner sei der übergroße Wechsel auch dem zuzuschreiben, daß manche ihr Glück anderswo versuchen wollten. Dies charakterisiert Herrn U. nun voll und ganz. Es war nach seiner Meinung noch kein Kollege in der „Dyrolia“ beschäftigt, der ihn zufrieden gestellt hätte oder etwas zu leisten imstande gewesen wäre. Nachweislich hatte er Kollegen in der Druckerei, die unter seiner Leitung nichts wie „Poper“ waren, hingegen in anderen Druckereien als tüchtige Arbeitskräfte anerkannt werden. Tatsache ist, daß die „Dyrolia“ allein fast mehr Personal wechselt, als alle übrigen fünf Bozener Druckereien zusammen, obwar der Stand seines Personals den übrigen gegenüber sich wie 16 : 30 verhält. Müge Herr U. was immer behaupten, dieser große Wechsel spricht deutlich genug und kann die Tatsache nur bestätigen, daß das Konditionieren in dieser Druckerei unter dem Regime eines Herrn U. keineswegs begehrenswert ist.

## Rundschau.

Am zweiten Pfingstfeiertage vormittags wurde unter geradezu riesiger Beteiligung das Richard Härtel-Denkmal in Leipzig entführt. Die aus Anlaß des Mitteldeutschen Sängertages in Leipzig anwesenden auswärtigen Kollegen und der Leipziger „Gutenberg“ trugen durch ihren weisevollen Gesang ebenfalls dazu bei, diese erste Feier jedem Teilnehmer unvergeßlich zu machen. Das Denkmal ist ein Meisterwerk der Künstler Cölln-Leipzig und Bernhards-Berlin. Die „Leipziger Volkszeitung“ bezeichnet das Denkmal als eine „Schmach“, weil das Relief am Denkmal angeblich einen Unternehmer und einen Arbeiter sich verbrüdernd lasse. Die letzte Nachse des Parteianstizers an unserm unferblichen Härtel und seinem Lebenswerke. Näherer Bericht über die Denkmalsenthüllung und den herrlich verlaufenen Mitteldeutschen Sängertag in nächster Nummer.

Nachdem wir in der jüngsten Zeit beim Staats-anwalt wieder einmal „aufgearbeitet“ hatten und glaubten, in der Sommerzeit auch „mal „aussetzen“ zu können, ist uns dieser Glaube gründlich genommen worden. Bereits am 17. Juni ist uns vor der Abreise nach Dresden noch ein „Abschiedsgruß“ zugebacht, indem an diesem Tage die Klage Brackemann zur Verhandlung kommt, der pöblich recht beschiednen geworden ist und statt 50000 Mk. „bloß“ noch 10000 Mk. zur Reparatur seiner Ehre verlangt. Zur Zahlung dieser Summe ist außer Hefhäuser noch Böbblin verklagt — warum nicht Effler, der hat doch den „Draht“? — und wird, wie er uns mitteilt, die paar Groschen gleich von Berlin mitbringen. Dann kündigt uns der Faktor Hülsch in Berlin, der bekannte Halleche Gutenbergsbühler selber Angebenens, eine Klage wegen Beleidigung an. Außerdem haben wir in unbekannter Sache für den 15. Juni eine Vorladung vom Staatsanwalt an Landgericht Leipzig erhalten. Es ist also auch nach dieser Seite für die Annehmlichkeiten unsrer Stellung in der nächsten Zeit gesorgt.

Ueber den Gewerkschaftskongress in Köln bringt der „Vorwärts“ einige Stimmen aus der Gewerkschaftspresse, wobei auch der „Corr.“ der Ehre gewürdigt wird, daß sich mehrere Kollegen zur Winterrzeit in dieser Druckerei erfrorene Hände hielten. Die Lokale könnten

habe nach allen Seiten aus, sich dabei der üblichen Leipziger Tonart bedienend, spricht dann seine Freude darüber aus, daß die Maßfesterdebatte nicht befruchtend auf die Maßfester wirken werde und verbreitet sich dann, nachdem er die Diskussion des politischen Massenstreiks als ein Kennzeichen der politischen Ohnmacht bezeichnet, über die bei ihm ebenfalls nicht neue Notwendigkeit einer Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung.“ Wir beglückwünschen den Verfasser vorstehender Notiz zu der Fähigkeit, über einen vierseitigen Artikel mit ganzen acht Zeilen die Leser zu informieren. Die „übliche Leipziger Tonart“ mag ja der „personifizierte Langeweile“ — wie Rosa Luxemburg einflussvoll „Vorwärts“ bezeichnete — auf Grund der ihm wiederholt von seinen Leipziger Parteigenossen gewordenen Beurteilung etwas auf den Nerven liegen, aber warum sollen wir gerade dazu herhalten, die übliche Raune auszukleppen, die der „Vorwärts“ auf die „übliche Leipziger Tonart“ seiner eignen Parteigenossen zurückzuführen muß. Zu übrigen, lieber „Vorwärts“, wenn es dir auch an Kräften gebricht, so ist doch dein Wille zu loben!

Ferien! Die Firma Löffler & Diehl in Peine (Hanover) bewilligte ihrem Personale (neun Gehilfen) je eine Woche Ferien unter Fortzahlung der Hälfte des Arbeitslohnes und ohne Karenzzeit. Uns dünken diese Ferien sehr problematischer Natur zu sein. — Die Firma „Sazonia“ („Sächsischer Volkszeitung“) in Dresden bewilligte ihrem Personale drei Tage Ferien, deren Ausdehnung auf sechs Tage für das nächste Jahr zu erwarten ist. — Die Firma Chr. Holoff in Altona hat die Karenzzeit für Ferienberechtigung von zehn auf fünf Jahre herabgesetzt. Gleichzeitig hat sie eine Verlängerung der Ferien für über zehn Jahre im Geschäft tätige eingeführt. Es erhalten jezt 19 Personen sechs, 11 Personen drei Tage Ferien.

Mit dem Abbruche der Tarifverhandlungen in Oesterreich beschäftigten sich dort am 4. Juni zahllose Buchdrucker-Versammlungen, die einen beispiellosen Besuch aufwiesen und straffe Einigkeit der Gehilfenschaft bekundeten. In den meisten Versammlungen wurde folgende Resolution beschlossen: „Die Versammlung erblickt in dem Antrage der Prinzipale, daß zur Herstellung der Manuskriptstreifen für die Seg- und Gießmaschine Monotype und ähnliche Systeme keine Seger verwendet werden dürfen und daß an die Gießmaschine ein Mechaniker zu stellen ist, eine freche Provokation der gesamten Buchdrucker- und Schriftgießergewerkschaften Oesterreichs. Die Versammlung macht es allen Kollegen zur Pflicht, einer eventuellen praktischen Durchführung des Prinzipal-Antrages den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen und mit allen Mitteln zu verhindern, daß der verbrecherische Plan der Prinzipale in die Tat umgesetzt wird. Gleichzeitig spricht die Versammlung dem Verbandsvorstande für seine energische Verteidigung der Interessen der Gesamtheit den Dank und die Anerkennung aus und verpflichtet die Kollegen, alle weiteren Maßnahmen des Verbandsvorstandes in der Tarifangelegenheit von vornherein zu genehmigen und auf das kräftigste zu unterstützen — was immer es sein sollte.“ — Aus der Berichterstattung im Wiener „Vorwärts“ ist zu ersehen, daß die Gehilfenschaft unter keinen Umständen dem Antrage der Prinzipale stattgeben wird und kann, und wir möchten hinzufügen, daß diese Angelegenheit Sache aller Buchdrucker-Gehilfen ist, die im Ernstfalle dafür auch den Beweis antreten werden.

Die Hessische Handwerkerkammer beschloß in ihrer Sitzung vom 5. Juni u. a.: „In Druckereien ohne Gehilfen dürfen im Höchstfalle 1 Seger- und 1 Druckerlehrling, oder 2 Seger- oder 2 Druckerlehrlinge beschäftigt werden.“ Allerdings liegen in diesem Punkte Beschlüsse anderer Handwerkskammern vor, die es unter einem halben Duzend Lehrlinge ohne Gehilfen nicht tun.

Aussperrung der Buchdrucker in Moskau. Wie die „B.-W.“ mitteilt, haben die Prinzipale Moskauer beschlossen, die Forderungen der Gehilfen betreffs Einführung der Sonntagsruhe abzulehnen und, falls die Gehilfen am nächsten Sonntag (28. Mai) nicht zur Arbeit antreten sollten, dieselben nicht wieder einzustellen, bevor sie nicht nachgeben und eventuell die Zeitungen mehrere Tage nicht erscheinen zu lassen. Ob nun inzwischen diese Aussperrung zur Tatsache geworden ist, darüber verläutet nichts.

Unter der Epithet „unglaublich“ teilt die „B.-W.“ nach dem Wiener Fremdenblatt mit, daß die Menü- und Gratulationskarten für die Hochzeitfeier des deutschen Kronprinzen von einer Kunstausstellung in Ugram (Kroatien) geliefert worden seien. Warum soll das unglaublich sein? Wir leben doch in Deutschland, wo noch ganz andere „unglaubliche“ Dinge passieren!

Ein Monstrum von Druckleistung repräsentieren die uns zugesandten Nummern der „Stadtsfienacher Nachrichten“, gedruckt bei Ewald Mülert in Stadtsfienach (Oberfranken). Die Kritik des Sachmannes kann hier nur lauten: notorischer Schund!

Wie soll man berichten? Ueber dieses ewig neue Kapitel schreibt die „Heinrichs Zeitung“ — und sie wiederholt damit nur unsere so oft und so erfolglos losgelassenen Stoßseufer — folgendes: „Ich eruche um Aufnahme des Berichtes in die heutige Nummer.“ In dem Bericht darf nicht gefützt werden.“ Für den Bericht übernehme ich die volle Verantwortung.“ So und ähnlich lauten die Bemerkungen, die einer Anzahl der täglich bei der Redaktion eingehenden Versammlungsberichte beigelegt sind. Der Schriftführer, der einen Bericht mit

einer solchen Bemerkung eingeleitet hat, ist dann höchst ersucht, wenn der Bericht nicht in der heutigen Nummer erscheint oder wenn er verändert zum Abdruck kommt. Er schimpft dann zuweilen auch auf die „hummelige Redaktion und behauptet wohl nicht selten, daß sein Bericht verflümmelt worden sei. Derartige Bemerkungen sind natürlich sehr überflüssig, denn sie können beim besten Willen von der Redaktion nicht berücksichtigt werden, es sei denn, daß die Versammlungsberichte einigermaßen den Anforderungen entsprechen, die man stellen muß, wenn sie ohne weiteres aufnahmefähig sein sollen. Wie sehen aber die meisten Berichte aus? Es gibt nicht viel Versammlungsberichte, die sich durch wünschenswerte Kürze auszeichnen, obgleich sich ganz besonders hier behaupten läßt, daß in der Kürze die Würze liegt, und die Erfahrung lehrt tagtäglich, daß in der Regel die längsten Berichte die infalliblesten sind. So mancher Schriftführer müht sich stunden-, oft auch tagelang ab, um den Verlauf einer Versammlung möglichst ausführlich wiederzugeben. Die Folge davon ist, daß solche Versammlungsberichte erst mehrere Tage nach der Versammlung bei der Redaktion eingeht, sie bedürfen meist noch einer gründlichen Umarbeitung und kommen dann in der Regel viel zu spät zum Abdruck. Die Schuld hieran trifft aber nicht die Redaktion, sondern eben den Schriftführer, der in seinem Bestreben, möglichst eingehend zu berichten, die Hauptsache außer acht läßt, nämlich, daß solche Berichte nicht für die betreffenden Versammlungsbesucher allein, auch nicht für die Mitglieder eines Vereins oder für die in Frage kommenden Berufsgenossen, sondern für einen nach vielen Tausenden zählenden Leserkreis geschrieben werden sollen. Allein auf wichtige, die Allgemeinheit der Leser interessierende Angelegenheiten sollten sich die Schriftführer bei Abfassung ihrer Berichte beschränken. Dadurch sparen sie sich selbst und der Redaktion viel Arbeit und manche Unannehmlichkeit, sie werden ihre Arbeit schneller und weniger verändert gedruckt sehen und erreichen überein, daß ihre Berichte auch gelesen werden, was andernfalls wohl kaum geschieht.“

**Unternehmer und Tarifverträge.** Der Verband bayerischer Metallindustrieleiter, der sich durch sein neußes provokatorisches Vorgehen gegenüber den von ihm beschäftigten Arbeitern einen Platz in der ersten Reihe aller Scharfmacher zu sichern verstand, veröffentlicht in Münchner Blättern eine Erklärung, in welcher auch auf Tarifverträge eingegangen wird. Diejenigen auch in unfern Reichen, die da glauben, es bereite den Unternehmern Vergnügen, auf Tarifverträge einzugehen, mögen aus folgenden Sätzen das Gegenteil erkennen: „Mit der Einführung der Tarifverträge, auf deren Empfehlung durch Entschließung des königlich bayerischen Staatsministeriums des Außern vom 2. März 1905 sich fast in jeder Versammlung die Führer der Organisation beziehen, wäre die Möglichkeit, durch hochwertige Arbeit die Konkurrenzfähigkeit aufrecht zu erhalten, verloren. Der Tarifvertrag mag vielleicht da, wo es sich nur um Absatz im Inlande handelt, für mehr oder minder schablonenhafte Arbeit und Massenproduktion geeignet erscheinen und für jene Industrien nicht schädlich wirken, in welchen besondere Qualitätsarbeit nicht herangezogen werden muß. Er ist unanwendbar dort, wo die erzeugte Ware auf dem internationalen Markt aufzutreten hat oder im Inlande die Preise durch diesen bestimmt werden, wo nur durch eine weitgehende Abstufung der Arbeiter nach ihren Fähigkeiten und ihrem Können ein der Qualität nach konkurrenzfähiges Erzeugnis geschaffen werden kann. Die Forderung von Mindestverdiensten schließt nach allen gemachten Erfahrungen jedes weitere Streben nach Hervollkommnung des Arbeiters aus. Es ist eine durchaus irrige Behauptung, das Streben nach Erhöhung des Verdienstes lasse auch dann noch eine Fortbildung des Arbeiters zu. Tatsächlich handelt es sich auch bei dem Verlangen nach Tarifverträgen um nichts weniger als um eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, sondern, wie dies offen erst jüngst bei einer Versammlung in Nürnberg ausgesprochen wurde, darum, daß der Arbeiter, richtiger gesagt, die Arbeiterorganisation „herr im Hause werde“. Daß auf dem Wege der Tarifverträge dies auch Zielbewußt herbeigeführt wird, haben die Vorgänge innerhalb der englischen, amerikanischen und australischen Industrie bewiesen. Auf nichts anderes als auf Tarifverträge und die daraus sich ergebende weitere Entwidlung ist der Niedergang der englischen Industrie zurückzuführen und die mangelnde Entfaltung einer australischen Industrie. Unberechtigt wäre die Annahme, daß durch Tarifverträge etwa der Frieden erreicht sei. Gerade die Erfahrungen der jüngsten Tage haben ergeben, daß wohl der Arbeitgeber an den Vertrag gebunden ist, daß aber die Arbeiterführer jeden Vertrag nur als eine Etappe vorwärts auf ihrem Wege betrachten und die Organisation denselben rücksichtslos bricht, sobald sie den Zeitpunkt für Erlangung noch günstigerer Bedingungen für gekommen erachtet.“

Ist ein Arbeitgeber strafbar, wenn Arbeiter von ihm ohne sein Wissen während der gesetzlichen Ruhezeit an Sonn- und Feiertagen ihrer werktätigen Beschäftigung obliegen? Diese Frage entschied als Berufungsinstanz das Landgericht Hannover zungunsten des Angeklagten. Zwei Arbeiter desselben hatten sich von dem Hetzer die Schlüssel zu den Fabrikräumen geben lassen und an ihrer Affordarbeit weitergearbeitet. Die beiden Vorinstanzen sprachen mit dieser Begründung denselben von der erhobenen Anklage frei. Auf Grund der Beweisführung

des Kammergerichtes stellte jedoch das Landgericht nunmehr fest, daß der Angeklagte hätte Vorkehrungen treffen müssen, die ein Arbeiten an Sonn- und Feiertagen ohne sein Wissen unmöglich machen, da sonst jeder Arbeitgeber „ohne sein Wissen“ Sonntags arbeiten lassen könne und dementsprechend der Umgehung des § 105 b der Gewerbeordnung Tür und Tor geöffnet sei. Infolgedessen gelangte das Gericht zu einer Verurteilung und ahndete diese Verletzung der Gewerbeordnung mit nur 20 Reichsmarkern.

Eine den in den Feingoldschlägereien Deutschlands beschäftigten Arbeitern drohende allgemeine Ausperrung ist durch einen Vertrag beseitigt worden, wonach in den nächsten zwei Jahren keine Lehrlinge mehr eingestellt werden. Auf Grund dieser Vereinbarung wird in allen Betrieben, wo die Arbeit niedergelegt ist, die Arbeit sofort wieder aufgenommen.

Die erste weibliche Arbeitersekretärin ist vom Gewerkschaftsrat in Nürnberg angestellt worden, und zwar Fräulein Helene Grünberg-Berlin. Sie tritt ihr Amt am 1. Juli an.

Beim Kaufmannsgerichte in Berlin waren in der ersten Woche seines Bestehens 250 Klagen anhängig gemacht. Ein Beweis für die dringende Notwendigkeit dieser Institution.

Dank der Unerfährtheit der Agrarier steigen allenthalben in Preußen die Fleischpreise. Die Fleischerzünfte in Jena sagt in ihrer Unerfährtheits-erhöhter Preis für Fleisch und Fleischwaren wörtlich: „Wir bitten in dieser Preissteigerung, die lediglich durch diese andauernd ungunstigen Einkaufsverhältnisse begründet ist, nur eine durch die Umstände hervorgerufene Notwendigkeit erblicken zu wollen.“

Der Plöschsee-Prozess hat plötzlich einen unerwarteten Ausgang genommen. In der Sitzung vom 9. Juni erklärten die Angeklagten, daß sie durch die den Gegenstand der Anklage bildenden Zeitungsartikel lediglich die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Reformbedürftigkeit des Strafvollzuges hätten richten wollen, daß ihnen dagegen jede Absicht fernlag, die bei dem Strafvollzuge beteiligten Behörden, Beamten und insbesondere die Nebenkläger, Geheimen Medizinalrat Beer und Medizinalrat Pfleger zu beleidigen oder ihnen oder der Justizverwaltung ein gesetz- oder vorsehriftswidriges Verhalten vorzuwerfen. Die Angeklagten erkennen an, daß, soweit in den Artikeln ein solcher Vorwurf gefunden werden könnte, sie ihn nicht aufrecht erhalten könnten, und daß die Beweisaufnahme nichts ergeben habe, was diese Vorwürfe zu begründen geeignet sei. Die Angeklagten erklärten ferner, daß sie auch von einer weiteren Beweisnahme ein andres Ergebnis nicht erwarten. Die Angeklagten Kaliski, Büttner und Schneidert verpflichten sich, diese Erklärung in den von ihnen redigierten Zeitungen „Vorwärts“ und „Zeit am Montag“ an leiter der Stelle baldmöglichst zu veröffentlichen und die gesamten Kosten des Strafverfahrens zu tragen. Der Staatsanwalt erklärte hierauf, daß auf Grund dieser Erklärungen der Oberstaatsanwalt den von ihm gestellten Strafantrag zurückziehe. Die Nebenkläger zogen ebenfalls ihren Strafantrag zurück. Das Gericht beschloß darauf auf Antrag des Staatsanwaltes die Einstellung des Verfahrens. In Wirklichkeit bedeutet dieser Verlauf des Prozesses eine Niederlage, eine Verurteilung des preussischen Strafvollzuges. Die Anklage war nach den Beurteilungen der Sachverständigen im Falle Willy Große nicht mehr aufrechtzuerhalten, nur bleibt verwunderlich, daß die Angeklagten eine so weitgehende Erklärung abgaben, die allerdings dadurch paralytisiert wird, daß die Staatsanwaltschaft den Strafantrag zurückzog; darin liegt das Symptomatische dieses Prozesses, der weiteren Volkstrennen die Augen über den Strafvollzug in Preußen geöffnet hat und hoffentlich so zu einer Besserung beitragen wird.

Ein neuer Reinalf der Reichenbarone! Das Landgericht in Essen hatte sich am 7. Juni, wie wir dem „Vorwärts“ entnehmen, mit einem „Nachklinge zum Generalstreik der Bergleute“ zu befassen, der den Grubenbaronen wenig Freude machen wird. Unter der Spitzmarke „Ein Engel der Lüge“ hatte am 31. Januar der „Vorwärts“ aus der Broschüre „Zum Auslande der Bergarbeiter“ des Herrn Bergmeisters Engel, Geschäftsführers des Grubenbesitzervereins, mitgeteilt, daß der Herr eine Anzahl unwahrer Behauptungen zur Verdächtigung der Arbeiterbewegung aufgestellt habe. Es handelte sich wesentlich um folgendes: 1. Die Knappschaftskassen im Bochumer Knappschaftsvereine erhielten von der sozialdemokratischen Parteileitung in Berlin Anweisungen für ihr Verhalten, ohne Rücksicht auf die Interessen der Masse. 2. Die Ortskrankenkasse in München sei durch die „sozialdemokratische Mißwirtschaft pleite“ gegangen. 3. Die Streikleitung habe gar keine Antwort auf ihre Eingabe betreffend Bergarbeiterforderungen vom Bergbaukreise Vereine erhofft, da der Zweck der Bewegung und der Arbeiterpresse überhaupt nicht die Abstellung von Mißständen, sondern die gewissenlose Hege sei. Engel stützte sich dabei auf zwei Worte („wider Erwarten“) aus der Hueschen Broschüre über die Bergarbeiterbewegung, 1900 erschienen, und schütete einen Nibel voll ausweichendster Verdächtigung über die Presse aus, die Arbeiterkreise vertreten. Dieses Nachwerk hatte der „Vorwärts“ gebührend beleuchtet. Der „Allgemeine Beobachter“ übernahm die Rolle; Herr Engel veranlaßte mit Glück den Staatsanwalt, gegen den „Allgemeinen Beobachter“ Beleidigungs-

klage zu stellen. Geladen und erschienen waren als Zeugen die Reichstagsabgeordnete Pfandkuh, Mollenbuhr und Suse, die Knappschaftskassenleute Wienke und Eckardt, der Schriftsteller Dr. Büsching-München (Münchener Neueste Nachrichten), Gewervereinssekretär Essert und Bergwerksdirektor Klüßgen-Berlin. — Die Verhandlung war für den Bergmeister Engel derart vernichtend, daß selbst der Staatsanwalt erklären mußte, der angeklagte Redakteur habe den Wahrheitsbeweis vollständig erbracht! Die inkriminierten Äußerungen in der Hueschen Broschüre seien tatsächlich unwahre Behauptungen! Dem Angeklagten stände allerdings als nicht angegriffenen Redakteur einer besonders von Arbeitern geleiteten Zeitung der Schutz des § 193 zu, aber die in dem Artikel: „Der Engel der Lüge“ gebrachten Ausdrücke seien formell beleidigend. Deshalb beantrage er eine Geldstrafe von 150 M. eventuell zehn Tage Gefängnis. Nach einhalbstündiger Beratung verkündete das Gericht: Der Angeklagte wird zu 50 M. Geldstrafe oder zehn Tagen Haft verurteilt. Hinsichtlich einer Kompensation der gegenseitigen Kraftausdrücke muß Angeklagter auf dem Weg der Privatklage verwiesen werden. Der § 193 wird ihm zugestanden. Der Wahrheitsbeweis ist vollständig erbracht! Herr Engel ist der gute Glaube zugestanden. Er hat aber leichtfertig, in einem Falle sogar höchst leichtfertig unwahre Behauptungen verbreitet in seiner Broschüre über den Bergarbeiterstreik! Den Beweis, daß die Arbeiterpresse keine Mißstände abschaffen wolle, sondern nur Stoff zum Hagen sammlen, hat Herr Engel nicht führen können! — Neben Hilger liegt nun auch Engel auf der Waffstatt und damit das ganze System, das die Herren verkörpern.

In der Konstanzer Berufssache (siehe Nr. 115 von 1904), in der am 28. September v. J. 17 Konstanzer Baumeister zu je einem Tage Gefängnis verurteilt, von der Strafkammer Konstanz aber am 9. März freigesprochen wurden, erkannte am 8. Juni das Oberlandesgericht in Karlsruhe auf die Revision der Staatsanwaltschaft dahin, daß die Sache an die Strafkammer Konstanz zu nochmaliger Verhandlung zurückzuweisen sei. Ausgenommen davon sind die vier Bauunternehmer Wlatner, Hest, Bauer und Sauter, die in der Versammlung nicht anwesend waren, in der die Ablehnung des Briefes an den Bauunternehmer Hering beschlossen wurde. Bezüglich dieser vier Angeklagten erkannte das Oberlandesgericht auf Freisprechung unter Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse.

In der Dresdener Zigarettenindustrie dauert die Ausperrung der um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Arbeiter und Arbeiterinnen unverändert fort. Nach genauesten Feststellungen sind 176 Männer und 3002 Frauen ausgesperrt. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands richtet im Einverständnis mit den Zentralvorständen an die organisierte Arbeiterschaft die Bitte, Beiträge zur Unterstützung der Ausgesperrten zu leisten und nur an H. Rube, Berlin SO 16, Engelauer 15, einzusenden. Damit treten die Kölner Beschlässe erstmalig in Kraft.

Zu alt! Wie die „Magdeburger Volksstimme“ mitteilt, wurde am städtischen Hasen in Magdeburg ein kaum angekommener Arbeiter wieder entlassen, weil er über 35 Jahre alt und deshalb irtümlich angenommen sei. Nach dieser Praxis könnten sich die Arbeiter nach dem 35. Lebensjahre aufhängen — und diese Magdeburger Praxis nennt man „kommunale Sozialpolitik“!

Ein Gemütsmenschen! Wie Arbeiterblätter mitteilen, hat der Malermeister Mittel in Weippenfeld den eignen Vater gemargelt, der bei seinem Sohne in Arbeit stand. Dieser Tage nun sagte der liebevolle Sohn zu seinem Vater: „Mache, daß Du herauskommst! Du bist der Hezer in der Werkstatt! Du siehst in Eurer Vereinigung, oder Du gehst bei mir heraus. Marsch, marsch, hinaus!“ Der Alte erwiderte: „Aus meiner Vereinigung trete ich nicht aus!“ So wurde der eigne Vater vom Sohne gemargelt. Die Kollegen des auf die Straße Geworfenen erklärten sich mit ihm solidarisch und so legten 18 Maler und Anstreicher die Arbeit sofort nieder. Bei einer am nächsten Tage folgenden Verhandlung des Vertreters der Malerorganisation mit dem Gemütsmenschen erklärte sich dieser bereit, alle Streikenden wieder einzustellen, nur seinen Vater nicht. Selbstverständlich gingen die Gehilfen darauf nicht ein, sondern werden strengste Solidarität mit dem Gemargelten üben. Die meiningische Staatsregierung genehmigte die Zulassung der bisher verbotenen Feuerbestattung im Herzogtum und den Bau von Krematorien.

In Kiel haben gegen 700 Tischler die Arbeit niedergelegt. Die Ausständigen verlangen neunstündige Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung.

### Briefkasten.

D. v. R. in M.: 4,55 Mk. Besten Gruß! — Gilger in Leipzig: Ein an Sie gerichteter Brief (Manuskript) ist uns von der Post als unbestellbar zurückgegeben; bitten um Abgabe der jetzigen Adresse. — J. B. in Frankfurt: Ein gleicher Bericht war schon eingegangen, weshalb Sie sich wohl damit bescheiden, daß wir diesen ersten aufnehmen. — E. G.: A. Besorke Nachf. (Krusch & Freier), Hamburg, Grimm 14. — K. K. in Meibitz: 1. 2435; 2. Paul Henkel, Berlin O 22, Dragonerstraße 15. — Paul Röhr, London N., 18-23 Craven Street, Brunswick Place.

# Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, ChamissostraÙe 5, III.

**Erzgebirge-Bogtland.** Die Herren Vertrauensleute werden gebeten, während der Dauer der Generalversammlung alle Sendungen an den Kassierer möglichst zurückzufahren, eventuell sich notwendig machende Bücher aber noch vorher zu bestellen.

**Berlin.** (Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister.) Laut Beschluß der letzten Vereinsversammlung fällt eine Vorstandssitzung und Versammlung aus. Die nächste Vorstandssitzung findet am 27. Juni, die Versammlung am 4. Juli statt.

**Friedberg-Bad Nauheim.** Infolge Konditionswechsels unserer Vorhänger lautet dessen jetzige Adresse bis auf weiteres: Wilhelm Schmidt, Bad Nauheim, Schurstraße 48.

**Nürnberg.** In der Zeit vom 16. Juni bis 5. Juli sind alle für die hiesige Mitgliedschaft bestimmten Sendungen an den Kollegen Heinrich Fiedler, Judenstraße 12, I, zu adressieren, wenn dieselben nicht wegen Abwesenheit des ersten Vorhängernden unbeachtet liegen bleiben sollen.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In **Breslau** der Seher Robert Loga, geb. in Gleiwitz 1880, ausgel. daſ. 1898; war schon Mitglied. — Hermann Härtel, Friedrichstraße 100a, II.

In **Darmstadt** die Seher 1. Jakob Frey, geb. in Pfungstadt 1878, ausgel. daſ. 1896; 2. Julius Horn, geb. in Jugenheim a. d. B. 1887, ausgel. in Darmstadt 1905; 3. Andreas Keller, geb. in Eberstadt b. Darmstadt 1887, ausgel. daſ. 1905; waren noch nicht Mitglieder. — P. Hilbebeutel in Darmstadt, Arheigerstraße 58.

In **Dortmund** die Seher 1. Hermann Bönning, geb. in Dortmund 1887, ausgel. daſ. 1904; war noch nicht Mitglied; 2. Franz Schwicker, geb. in München 1870, ausgel. daſ. 1888; war schon Mitglied. — Heinr. Beyer, Kießstraße 5, I.

In **Neuruppin** der Seher Paul Duvel, geb. in Mühlengatz 1885, ausgel. in Warnemünde 1904; war noch nicht Mitglied. — Emil Lange, Ferdinandstraße 20.

In **Pößneck** der Seher Herm. Sanftleben, geb. in Teterow i. Meckl. 1882, ausgel. daſ. 1903; war noch nicht Mitglied. — P. Knopf in Vora (H.), Weidaische Gasse 5.

In **Schwanebeck** der Bruder Wilhelm Wittmeyer, geb. in Schwanebeck a. E. 1884, ausgel. daſ. 1903; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Kruse in Halberstadt, Hinter der Mühle 17.

In **Stolp** die Seher 1. Emil Pooch, geb. in Paderow 1886, ausgel. in Stolp 1904; 2. Otto Mebe,

geb. in Stolp 1884, ausgel. daſ. 1905; waren noch nicht Mitglieder. — In **Lauenburg** der Seher Kurt Schwertfeger, geb. in Mügenwalde 1885, ausgel. in Lauenburg 1903. — Karl Toboldt in Küstzin, Gr. Baustraße 6.

In **Troppan** der Seher Max Tschimnel, geb. in Gompersdorf 1883, ausgel. in Liegnitz 1902; war schon Mitglied des deutschen Verbandes. — R. Markytan, Salzgaſſe 33.

## Arbeitslosenunterstützung.

**Nürnberg.** Für den Seher Jakob Adler aus Deggenhof (Hptb.-Nr. 44402) liegt ein Brief mit Wertsendung auf dem hiesigen Verkehrs, derselbe wird gebeten, seine Adresse an Wilh. Kollb, Hübnerstraße 8, gelangen zu lassen. — Vom Berliner Postpräsidenten liegt ein Brief an den Seher Friedrich Nauth, betreffs Passes, hier.

**Stettin.** Das Buch für den Seher Albert Krause aus Uckerwalde (Hptb.-Nr. 53311, ausgel. vom Gau Ober 29/5. 05, Nr. 1808) ist bei der Ueberlieferung von Stettin nach Preussland verloren gegangen. Demselben wurde vom Gau Ober unterm 7. Juni 1905 ein neues Buch ausgestellt mit der Gaunummer 1809. Das verlorene vergangene Buch wird hiermit für ungültig erklärt, und wird der etwaige Inhaber gebeten, dasselbe an den Hauptverwalter Hb. Beyer, Berlin SW 29, ChamissostraÙe 5, III, oder auch an W. Wifa, Stettin, Birkenallee 40, part., einzujenden.

# Zur Generalversammlung unsers Verbandes

findet Sonntag den 18. Juni von vormittags 10 Uhr bis abends 6 Uhr ein **zwangloses Beisammensein** der Herren Delegierten und der Dresdener Gaumitglieder in der „Grossen Wirtschaft“ im „Grossen Garten“ statt, verbunden mit kleinen Spaziergängen und dem Besuche der Museen. Um 7 Uhr abends beginnt der **Empfangskommers** im „Trianon“ (Schützenplatz 4).

Für **Mittwoch** den 21. Juni ist ein **Ausflug nach der „Bastei“** in der sächsischen Schweiz geplant. Abfahrt 2 Uhr 17 Minuten vom Hauptbahnhofe aus.

Sonnabend den 24. Juni findet von nachmittags 5 Uhr an im **„Linckeschen Bade“** das **Johannisfest** statt.

Die Herren Kollegen von nah und fern werden hierdurch zur zahlreichen Teilnahme freundlichst eingeladen. [260]

## Der Gauvorstand.

**Tüchtiger Schweizerdegen,** welcher im Säge und Drucke durchaus selbständig arbeiten kann und mit Säge- und Druckmaschinen ein Brillantschleifen vollkom- mlen vertraut ist, findet bei zufriedenstellenden Leistungen sofort dauernde Stellung in Magdeburg. Werte Offerten mit Referenzen usw. unter Nr. 261 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Galvanoplastiker (für Altschees)**

sehr tüchtig für einen modernen Betrieb, nach großer Stadt des Auslandes gesucht. Derselbe muß mit allen vorkommenden Arbeiten vollständig vertraut sein. Werte Offerten nebst Ansprüchen unter Nr. 263 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

## Sichere Existenz.

Tüchtiger Buchdrucker mit etwa 10 Mk. Kapital wird von tüchtigem Buchdrucker Sachmann, der bei der Geschäftswelt seit Jahren bekannt und eingeführt ist, als stiller Teilhaber gesucht. Werte Offerten unter R. 642 F. M. an **Rudolf Hoffe, Mannheim.**

Um baldigen Eintritte werden zwei tüchtige solche und mit guten Zeugnissen versehene **Akzidenzsetzer**

in dauernde Stellung und gegen hohen Lohn gesucht. Dieselben müssen im Entwurf von geschmackvolleren Säge durchaus tüchtig sein. [271]

Richard Kühne Nachf., Dörfchen (Rheinland).

## Bitte

die Herren Kollegen höchst mir solche Firmen namhaft zu machen, die Rotationsmaschinen in Betriebe haben, um denselben Muster meiner neuen, **imprägnierten Rotationsbänder**, bei denen das Schneiden ausgespart ist, zuführen zu können. Auf Wunsch wird Porto vergütet. [274]

Herrn. Gerlach, Maschinenstr., Kalen., Witzg.

Verbandsmitgliedern gewähre **15 Proz. Rabatt** bei Nachnahme auf meine Fahräder. Herronrad „Gutenberg“ 105 Mk., Luxus-Damenrad „Gutenberg“ 115 Mk., portofrei (kompl. l., „Welt“-u. „Möve“-Räder mit gold. Med. prämi.). Kollege U. schreibt: Rad vorzüglich, L. Burau, Hannover, Straßenglede 45. [918]

**Stuttgarter graph. Versandhaus,** Theodor Leibius, jötzt Rotebühlstrasse 49 b,

empfohlen: Setzerbussen, Maschinenanzüge, Ähfen, Pinzetten, Scheren, Zuchtmesser, Farb-Blor-u. Weinspül-, Kravatennadeln, Broschen, Manschettenknöpfe, Bierkrüge, Pokale, Schnupftabaksdosen, Feuerzeuge, Illustr. Preisliste gratis u. franko.

Von **Julius Mäser, Leipzig-R.,** verlange man: **Die Lehre vom Akzidenzsetzer.** Vierte Auflage, 1904. 10 Mk. In grossen Zügen werden die grundlegenden Prinzipie des Akzidenzsetzes behandelt, die das Buch zierenden Beilagen sind von der Fachpresse allgemein als bahnbrechend für den Akzidenzsetzer bezeichnet worden. Es eignet sich ganz vorzüglich als preiswertes Geschenk. [255]

**Schriftsetzer = Tablean** zweite verbesserte Auflage  
**Maschinenmeister = Cabelau** a 1,50 Mk. [256]  
Porto und Verpackung 20 Pf.  
**Graphische Verlagsanstalt, Halle-Saale.** Graph. Anzeiger gratis und franko.

Jedem Kollegen der mir zur Vergrößerung meiner Briefmarkensammlung eine Anzahl gebrauchte ausländische Briefmarken sendet, schicke ich als Dank hochfeine farbige Schwarz- und Weißfarben. W. Holzbaur, Schwabm., Schwabm.

## Bezirk Altenburg.

Sonntag den 25. Juni, nachmittags 3 Uhr, findet im **„Goldenen Pfau“** unser diesjähriges

**Johannisfest** statt, wogu wir die Kollegen im Bezirke und den umliegenden Städten hierdurch freuntlich einladen. Der Vorstand. [255]

**Norddeutscher Maschinensetzer-Verein** Sitz Hamburg.

Sonntag d. 18. Juni, vorm. präzis 10 Uhr **Ausstellung** b. Weidte, Kaiser Wilhelmstr. 43. Tag es ordnung: 1. Mitteltelligen; 2. Tarifliches; 3. Brief-Gesamtenversammlung; 4. Feiern; 5. Werkschloß.

Vollständiges Erscheineren erwartet Der Vorstand. [267]

## Drucksachen-Ausstellung in Bad Nauheim

vom 9. bis einschließlich 16. Juli 1905 in der Turnhalle veranstaltet vom Ortsvereine „Gutenberg“, Friedberg-Bad Nauheim.

Wir laden zum Besuche dieser Ausstellung freundlichst ein und bitten diejenigen Herren Kollegen, welche sich mit künstlerischen Entwürfen, Zeichnungen usw. an derselben beteiligen wollen, sich mit unserem Kassierer **Leh. Müller** in Bad Nauheim, Weinbergstraße 4, in Verbindung zu setzen. Das Komitee. [275]

## Feier zur Enthüllung des Richard Härtel-Denkmal

Verbandspräsident Döblin die Weiherede haltend. [269]

Einzig autorisierte Aufnahmen. Photographien à 1 Mk., Ansichtskarten à 10 Pf., grössere Anzahl Partiepreise. Photographische Kunstanstalt **Max Schmitz**, Leipzig-R. 90.

**Johannisfestdrucksachen-Austausch** vermittelt **A. Kättner**, Leipzig-N., Eisenbahnstr. 11. Bitte Geschäftsplan u. Bestellkarte verlangen!

**Frankfurt am Main.** Bringt hiermit den organisierten Buchdruckern Frankfurts sowie jedem Durchreisenden meine aufs modernste eingerichteten Lokalitäten [262]

**Gasthaus „Zum Gutenberg“** (Görnestraße 25) in der Nähe des Gewerkschaftshauses in empfehlende Erinnerung. — Billiges Nachquartier. Für gute, billige Speisen u. Getränke ist bestens Sorge getragen. „Correspondent“ liegt auf.

**Peter Nadig**, früherer Verkehrswirt.

## Tarifkreis VI (Thüringen).

Freitag den 16. Juni, abends 8 Uhr:

## Allgemeine Buchdrucker-Versammlung

zu Halle a. S. in Gasthose „Zu den drei Königen“, H. Klausstraße 7.

Tag es ordnung: 1. Ausstellung der Kandidaten zu den Kreisvertreterwahlen; 2. Wertschreiben. Zu dieser Versammlung werden hierdurch alle tariftreuen Gehilfen des VI. Tarifkreises eingeladen. [264]

P. Kösthe, derzeit Gehilfenvertreter.

Anfänglich der Feier meines fünfzigjährigen Buchdruckerjubiläums am 1. Juni d. J. sind mir von den Herren des Gauvorlandes Halle a. S. den sämtlichen Mitgliedern des Sächsischen Buchdrucker-Ordnungsverbands, den Herren Vorstandsgliedern des Ortsvereins Halle a. S., den Herren Kollegen des Bezirkes Jelsch sowie von meinen vier Verbandskollegen in Merseburg große Ehrungen und Wohlgeleite zuteil geworden. Da es mir nicht möglich ist, jedem einzelnen Herrn persönlich dafür zu danken, so spreche ich auf diese Weise gleichzeitig im Namen meiner lieben Frau allen beteiligten Herren unsern innigstgefühlten, herzlichsten Dank aus. [259]

Merseburg. U. v. Hanningh und Frau Friederike geb. Gärtnner.

## Den jungen Kollegen besonders zu empfehlen: Anhang zum Tarife

von **Konrad Gähler**, Leipzig, Salomonstr. 8. Preis pro Exemplar 10 Pf. Von den Verbandsfunktionären oder vom Herausgeber direkt zu beziehen. An Porto wolle man den Bestellungen auherdem noch bis zu 6 Stück 3 Pf., 7 bis 12 St. 5 Pf., 13 bis 30 St. 10 Pf. beilegen.

**Bewegungspreis des Cott.** Bei allen Postämtern in Deutschland wird jährlich 0,65 Mk. (in Oesterreich-Ungarn und den übrigen Ländern ist der Bewegungspreis bei den Postämtern zu erfragen). — Unter Band nach Deutschland und Oesterreich 1,75 Mk. nach dem übrigen Auslande 2,50 Mk., bei wöchentlich einmaliger Zufriedung (3 Nummern zusammen) nach Deutschland und Oesterreich 1,00 Mk., dem übrigen Auslande 1,25 Mk.

Am 4. Juni verschied nach kurzem Leiden unser lieber Kollege und Gründungsmitglied unsers Klubs [270]  
**Johann Schopf** aus Nürnberg im Alter von 36 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kollegen des Schriftlosersklubs in Prag.

## Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaberin: Clara verw. Härtel) Kohlgrabenstrasse 43 liefert Werke aller Art zu Ladepreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. Unterrichtsbriefe für Buchdrucker. Serie A, 30 Briefe für Seher, Serie B, 30 Briefe für Drucker. In einzelnen à Brief 75 Pf., im Abonnement à Brief 50 Pf. Bei Bezug von 6 Briefen Abonnementpreis. Der englische Werksat. Von Selwig 30 Pf. Galvanoplastik. Von Selwig, Geb. 3 Mk. Gaunummer der Photographie. Von Richmond. 2 Mk., Geb. 3 Mk. Zeichnung und Druck von Illustrationen. Von Waldow. 4 Mk.